

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift
Tagesblatt Riesner
Herausg. Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesner, des Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Saupfandamts Meißner behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1530.
Zirkel:
Riesner Nr. 52.

Nr. 157.

Mittwoch, 9. Juli 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Bewilligte Redaktionen, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesner; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesner.

Die Kapitalflucht.

Wenn man den Schätzungen, die auch von amtlicher Seite gemacht worden sind, glauben darf, sind mindestens 9 Milliarden Reichsmark nach dem Auslande gebracht worden, um es dort zu sichern und dem deutschen Steuergewinn zu entziehen. Tatsächlich begann die Abwanderung deutscher Gelder in der Zeit, als immer wieder von einer neuen deutschen Inflation geredet wurde. Noch hatte man die Erfahrung der letzten Inflation hinter sich, wußte, wie viele reich geblieben waren, weil sie in der Schweiz oder in Holland Werte besaßen und verurteilte es, diesen jetzt gleich zu tun. Man kann ruhig sagen, daß ein erheblicher Teil des gereinigten Vermögens dadurch gereinigt wurde, daß es im Auslande angelegt worden war. Schon vor dem Krieg liebten es ja die Kapitalisten, mit dem Auslande zu arbeiten und deutsche Gelder in ausländischen Unternehmungen eine große Rolle. Es gab damals noch nicht die Erfahrungen einer Geldentwertung, diejenigen indessen, die Auslandskonten unterhielten, machten gute Erfahrungen und konnten sich auch nach der Stabilisierung nicht entschließen, in Deutschland Gelder anzulegen. Man überließ es den Ausländern, deutsche Werte zu schmelzen und zu kaufen, ganze Stadtteile in Besitz zu nehmen. Und doch hätte deutsches Kapital, das in der Schweiz und in Holland war — sicherlich eingereicht, die Auslandsläufer zu verdrängen. Es wurde sogar behauptet, es hätte genügt, um die Entwertung aufzuhalten und die Flucht aus der alten Mark zu verhindern. Von diesen seit einigen Jahrzehnten im Auslande investierten Kapitalisten ist wohl nur ein kleiner Prozentsatz im Laufe der Jahre zurückgekehrt. Aber neu erworbene Vermögen sind daneben ausgewandert. Privat- und Geschäftsvermögen hat Anlage im Auslande gesucht und gefunden.

Bekannt ist sich, daß tatsächlich 9 Milliarden im Auslande liegen, so ist das deutsche Volk tatsächlich nicht so arm, oder richtiger, es gibt genügend deutsches Kapital, es gibt genügend Kapitalisten. Je mehr Gründe es gab, das Geld zu — vertrieben, um so weiter wurde der Preis der Steuerpflichtigen. Die Steuerflucht war das stärkste Moment, das später, als man an die deutsche Währung zu glauben wagte, die Abwanderung deutschen Geldes verurteilte. Es läßt sich ja leicht ausrechnen, wie leicht selbst das größte Kapital zusammenschmelzen kann, wenn es der Steuer offen liegt und selbst keine Verzinsung hat, die den Stamm wieder aufzufüllen vermag. Dagegen kommt das Ausland gerade dem Kapital weitgehend entgegen, wendet ihm Kapitalienführer und erhebt so geringe Steuern, daß sie aus den Klüsen leicht besaßt werden können, ohne daß der Stammbetrag geschmälert wird. Die Schweiz und Holland haben die Situation sehr bald erkannt und sind gewissermaßen Vorkämpfer deutscher Kapitalisten geworden. Selbst das kleine Luxemburg hat das Recht, von einem Kapitalausfluß zu reden und von einem Anwachsen der für den kleinen Staat erfreulichen Steuererträge aus den Geldern, die über die Grenze kamen.

Gewiß sind diejenigen Privatleute, die ihr Kapital über die Grenze in Sicherheit brachten, zu zählen. Immerhin lohnt es sich, einmal in Holland, in der Schweiz, auch in Schweden umzuschauen zu halten. Man wird vielen deutschen „Privatiers“ begegnen, die angeblich der schönen Ruhe und Landschaft wegen, sich ins Ausland zurückgezogen haben, in Grunde aber das Rechenexempel aufstellten, wie vorteilhafter es sei, weniger Steuern zu zahlen und deshalb eine größere Rente genießen zu können. Das größte Kapital indessen, das sich im Auslande befindet, gehört den großen Unternehmungen, die immer mehr dazu übergeben, entweder ihre Hauptstelle im Auslande zu etablieren oder eine Dachorganisation zu schaffen, die im Auslande faktoriert, das Geld verwaltet. Gerade die größten Industrie- und Handelsunternehmungen dominierten mit ihren Hauptstellen im Auslande. Aus Luxemburg wurde erst kürzlich gemeldet, daß dort sich zahlreiche deutsche Firmen angesiedelt haben, die im Lande nichts weiter als ein Hauptbüro unterhalten. Die Auslandsbanken schwammen im Gelde und haben Mühe, es unterzubringen. In der Schweiz bemühen sich einige Kantone fortwährend, deutsche Rentner zur Ansiedelung zu bewegen und geben unheimlich große Erleichterungen.

Durch diese Kapitalabwanderung aus dem Reiche gehen dem Staate viele Steuern verloren. Und es fragt sich, was geschehen muß, um das Geld zurückzuholen oder wenigstens weitere Abwanderung zu vermeiden. Versuche, mit dem Auslande Abkommen über die Erstattung der eingewanderten Vermögen zu treffen, sind gescheitert. Deshalb ist es berechtigt, wenn nach Mitteln und Wegen geforscht wird, von den vielen Milliarden, die ersichtlich abgewandert sind, einige zurückzuholen. Das daneben noch Milliarden flüchtig geworden sind, die offensichtlich eine Steuerflucht unternehmen und die streng verheimlicht werden, ist selbstverständlich. Man hat eine Steueranleihe vorgeschlagen, eine Herabsetzung der Kapitalsteuern. Sowohl aber kann Deutschland mit seinem Steueranleihe gar nicht geben, um den Anreiz zur Rückkehr des Kapitals zu bieten. Die Schweiz, Holland, Luxemburg, Schweden erheben so niedrige Kapitalsteuern, daß sich das Kapital auf ein Experiment gar nicht einzulassen braucht. Man hat deshalb auch strenge Maßnahmen, also hohe Strafen für Kapitalverlängerer vorgeschlagen. Das indessen ein solches Gesetz durchkommt, würden die Kapitalisten längst ihrem Kapital gefolgt und persönlich, soweit das noch nicht geschehen ist, ins Ausland gezogen sein. Demnach

Aussprache über die Dedungsvorlagen im Reichstag.

Abd. Berlin, 8. Juli, 8 Uhr.
In der Dienstag-Sitzung des Reichstages wurde die zweite Beratung des

Saushalts des Reichsfinanzministeriums

fortgesetzt.
Abg. v. Sebel (Christl.-Nat. Bauernp.) erklärte die Notlage des Ost- und Westlandes mache einen Kurswechsel nicht nur in der Handelsvertrags-, sondern auch in der Steuerpolitik erforderlich. Ein großer Teil der Sparmaßnahmen des Haushalts würde sich bei gutem Willen verwirklichen lassen. Die Grundsteuer ist noch unregelmäßiger als die Gewerbesteuer. Um diese unregelmäßigen Steuern senken zu können, muß der Verwaltungskostenbeitrag noch vor der Sommerpause des Reichstages beschlossen werden. Die starken Bedenken gegen eine Gemeindebeitragssteuer bestehen unverändert fort. Die im Zusammenhang mit der Preissteigerung notwendige Senkung der Löhne und Gehälter muß direkt und einheitlich erfolgen, nicht auf dem Wege einer Sonderbelastung bestimmter Gruppen. Ein Junktim ähnlichen Osthilfe und Dedungsvorlagen wäre nicht zu rechtfertigen.

Abg. Dr. Gremer (Dvp.) wies die Frage auf, ob nicht eine Umgestaltung mit dem Ziel, diese Verwaltung überflüssiger zu gestalten, und den Reichsfinanzminister von der Überfülle seiner Aufgaben zu entlasten. In dieser Verwaltung könnten wesentliche Einsparnisse gemacht werden. Dem Minister stimmte er nicht ein, daß gewisse Reformen angefangen werden müssen. Wir haben immer die Forderung aufgestellt, die Finanzgebahrung zu ändern und eine gewisse Selbstbeschränkung des Parlaments in der Ausgabebewilligung durchzuführen. Leider sind unsere dahingehenden Anträge noch nicht einmal bis zur Ausschussberatung gelangt. Das Dtprogramm müßte in engem Zusammenhang mit der Dedungsfrage behandelt werden. Es war ein Fehler, daß Disziplinsparnisprogramm nicht energischer weiter verfolgt worden ist.
Die Steuern als Mittel zur Einnahmevermehrung können nicht ins ungemessene erhöht werden. Der Beitrag der indirekten Steuern findet seine Grenze am Konsumrisiko. Das wird sich auch bei der Biersteuer zeigen. Die unheilvolle Verbindung der Finanzlage der Arbeitslosenversicherung mit der des Reiches muß getrennt werden.

Unsere Vorschläge zur Reform der Arbeitslosenversicherung von 1929 werden jetzt zu 90 Prozent erfüllt. Die Anrufung der Wirtschaft im wesentlichen Sache der Privatinitiative sein müssen. Ihr muß freilich die Bahn freigegeben werden durch Senkung der auf der Privatwirtschaft ruhenden Lasten. Die sogenannte Reichshilfe der Beamten ist ein Unwesen, der den Eindruck erweckt, als wolle man die Steuern da holen, wo sich der schwächste Widerstand zeigt. (Zuruf des Abg. Schuldt (Dem.): „Molkenbauer!“). Wenn die Deutsche Volkspartei ihre Meinung geändert hätte, wäre mein Freund Molkenbauer heute noch Finanzminister. Wir haben immer den Standpunkt vertreten, daß in der Zeit der Not alle Volksschichten gleichmäßig zu Opfern herangezogen werden müssen und daß dann auch die Beamtenhaftigkeit nicht ausfallen wird. Der Verwaltungsbeitragsbeitrag ist keine sensationelle Neuerung. Mit dieser Abgabe können nicht nur die Gemeindefinanzen, sondern die allgemeinen Finanzen saniert werden. Man kann diese Abgabe zulassen und es den Gemeinden freistellen, dazu Zuschläge zu erheben. Die Realsteuer könnten entsprechend gekürzt werden. Die Vermögenssteuer muß differenzierter werden nach der wirtschaftlichen Lage und nach den Verpflichtungen der Beteiligten. Der Zuschlag zur Einkommensteuer widerspricht dem wichtigsten Programmpunkt der Regierung, der Verbilligung einer Steuerentlastung zum Zwecke der Kapitalbildung. Die starke Zurückhaltung der Deutschen Volkspartei dem Dedungsprogramm gegenüber entspringt der tiefsten Sorge um die deutsche Wirtschaft. Wenn immer noch in der Presse vom Ermächtigungsgesetz und von anderen Plänen gesprochen wird, so kann das nur zur Beunruhigung der Wirtschaft führen. Wir erwarten von der Regierung, daß sie versuchen wird, sich auf dem Wege der Verhandlung und Verständigung eine Mehrheit zu sichern.

Abg. Collofer (W.P.) weist darauf hin, daß die Wirtschaftspartei vergebens jahrelang die Ausgabenpolitik bekämpft habe und ewig ausgelacht worden sei. Die von der Regierung vorgeschlagenen Etatsabstriche seien gewiss zu gering, ein andauernder Abbau sei aber nur durch Abbau von Gesetzen möglich. Auch in die Gemeinden müsse Spar-

samkeit einziehen. Die Kopfsteuer und ihre Verbindung mit dem Realsteuer sei deshalb nötig. Der katastrophale Konsumrückgang zeige, daß eine Bekämpfung der sogenannten Genußmittel nicht mehr möglich sei.

Ein Pensionsfürsorgegesetz werde die Wirtschaftspartei unter allen Umständen mitmachen. Darüber hinaus sei ein Abbau der Beamtengehälter, aber auch ein Abbau der Löhne und Preise der Wirtschaft sowie der angespannten sozialen Gesetzgebung notwendig. Nur wenn diese Fragen mit Entschiedenheit angefaßt werden, sei die Wirtschaftspartei bereit, eine vorübergehende Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge und der Einkommensteuer für die großen Einkommen mitzumachen. Im ganzen sei mit den Vorschlägen der Regierung ein beschleunigter Anfang zur wirklichen Gesundung der Wirtschaft gemacht. Zur endgültigen Sanierung gehöre aber auch die Arbeitsdienstpflicht der Jugend, die Verteuerung der öffentlichen Betriebe und der Umbau der Verwaltung und Gesetzgebung in finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung.

Abg. Dr. Reinhold (Dem.): Meine politischen Freunde haben es sehr bedauert, daß der Reichsfinanzminister sich gestern darauf beschränkt hat, nur die jetzige Regierungsvorlage zu verteidigen, ohne ein endgültiges Finanz- und Wirtschaftsprogramm zu entwickeln. Ohne ein solches Programm ist eine Hebung der augenblicklichen Finanzschwierigkeiten gar nicht möglich. Wir brauchen eine organisierte Preisentlastungsaktion. Sie kann aber nicht erreicht werden, wenn Preußen durch Gesetz die Renten erhöht, wenn die Gemeinden den Verkehr versteuern, wenn die Reichsbahn die Tarife erhöhen will. Vor allem müssen die künstlich hochgehaltenen Kartellpreise gesenkt werden, ebenso wie die Kleinhandelspreise. Wenn die Preisentlastung erreicht ist, dann können und müssen wir auch zu einer Senkung der Löhne kommen, die nicht gegen, sondern in Verbindung mit den gewerkschaftlichen Organisationen erfolgen muß. Erst dann wird die Beamtenhaftigkeit auch einer Gehaltsentlastung zumutbar, während das von Dr. Molkenbauer vorgeschlagene einseitige Kopier der Beamten mit Recht auf schärfste Ablehnung stößt. Es ist jetzt die Zeit gekommen, die Kapitalflucht in jeder Form als ein Verbrechen am Vaterland zu brandmarken. Ich würde es begrüßen, wenn bei jeder Steuerreform eine eibliche Erklärung darüber gefordert wird, welches Kapital direkt oder indirekt im Auslande angelegt ist. Dieses Kapital könnte dann höher besteuert werden als das inländische.

Die Reinigung zur Kapitalflucht wird geringer werden, wenn das Vertrauen zur Solidität der deutschen Finanzwirtschaft wieder hergestellt wird. Das kann nur geschehen durch eine grundlegende Finanzreform. Eine dauernde Sanierung der Reichsfinanzen wird nur möglich sein, wenn sofort auch die Gemeindefinanzen saniert werden. Das kann geschehen durch Verzehrsteuer oder Bürgerabgabe, aber es muß zugleich bestimmt werden, daß die Realsteuer der Gemeinden auf die Höhe des Vorjahres zurückgeführt werden. Wir begrüßen den letzten Willen des Ministers, 100 Millionen am Etat einzusparen, aber wir meinen, daß weitere Einsparnisse möglich sind und daß die Vorschläge des Haushaltsmanche wertvolle Hinweise dazu enthalten. Wir hoffen, daß auch die Regierung in eine sachliche Prüfung dieser Vorschläge eintreten wird. Den Dedungsvorschlägen der Regierung stehen wir außerordentlich feindlich gegenüber (Zuruf: Öst!). Ein Kopier der Beamten können wir nur billigen, wenn es sich einfügt in ein allgemeines Kopier aller leistungsfähigen Schichten. Die Behörden-Angehörigen können zu einer solchen Reichshilfe nur herangezogen werden, soweit ihre Stellung ebenso gesichert ist wie die der Beamten. Wir bedauern, daß die Regierung nicht ein organisches Reformprogramm dem Parlament vorlegt hat.

Abg. Feine (Soz.) erklärt, der deutschnationalen Abgeordnete Wienbed habe eine gegen die Konsumvereine gerichtete Interpellation im Reichstag eingebracht. Diese Interpellation, die schon vor ihrer Einreichung in der Reichspresse veröffentlicht wurde, stelle Vorgänge im Gürtlicher Konsumverein durchaus falsch dar.

Min-Direktor Jarden erklärt zu der Interpellation Wienbed, daß die Niederschlagung einer dem Gürtlicher Konsumverein vom Reichsfinanzhof auferlegten Steuernachforderung nach denselben Grundätzen erfolgt sei, die für alle Genossenschaften gelten.

Um 6 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch 8 Uhr vertagt. Auf der Tagesordnung steht auch die dritte Beratung des Proiektgesetzes.

besteht gar keine Möglichkeit, das so bewegliche Kapital zu erfassen. Die Wünsche auf seine Rückkehr werden immer bleiben, zurückkehren wird es aber auch nur teilweise erst dann, wenn wir wirklich gesunde Verhältnisse im Innern haben, diese Verhältnisse stabilisiert sind, die Steuern normal niedriger werden und sich in Deutschland Geschäfte machen lassen, die eine gute Verzinsung verschaffen.

Im übrigen haben wir ja die Sehnsucht nach dem abgewanderten Kapital nicht erst jetzt, nicht erst seit der Inflation. Wer ein gutes Gedächtnis hat, wird sich erinnern, daß schon vor dem Kriege sehr viel über die Abwanderung des Kapitals geklagt wurde. Wie gesagt, war es üblich, nur ein Teil des Kapitals im Inlande zu lassen. Auch die regierenden Mächte bildeten keine Ausnahme. Und die Beschlagnahme des Auslandsguthabens während des Krieges in den gegnerischen Ländern

hat uns ja genugsam belehrt, wieviel in England, Frankreich, Amerika, in Italien lag und dem Zugriff der dortigen Regierungen verfiel. Nur hat man früher das Kapital, weil Deutschland reich war, nicht so übel gebraucht. Es wanderte auch mehr, kam zurück, um wieder zu verschwinden. Man liebt die einträglichen Geschäfte auf der ganzen Welt. Damals kam das Schlagwort von dem Kapital, das international sei. Heute ist es in diesem Sinne nicht mehr international, sondern darauf bedacht, Sicherheit zu finden.

Es lohnt sich nicht, auszumachen, wie gut es und gehen könnte, wenn die verlästerten Milliarden im Lande lägen. Es lohnt aber auch nicht, wie schon gesagt, an Maßnahmen zu denken, die magnetisch Geld herbeiholen. Wir sehen, wenn die Kapitalflucht nicht international geregelt wird, vor einem unüberwindlichen Problem.

Ernst Duadt

Der Haushaltplan der Stadt Riesa auf das Rechnungsjahr 1930 abgelehnt.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

Die nebstige öffentliche hochbedeutende Stadtverordnetenversammlung begann um 8.30 Uhr abends in der Aula der Oberrealschule. Am Ratstische hatten die Herren Oberbürgermeister Dr. Scheider, Bürgermeister Hans, Stadträte Dr. Schroeter und Schumann Platz genommen. Von den Stadtverordneten fehlte nur Herr Dr. Mädel von der bürgerlichen Fraktion. Der Zuschauerraum war anfangs gut besetzt. Als Hauptpunkt stand der Haushaltsplan für 1930/31, der mit einem Fehlbetrag von 182.756 RM. abschließt, auf der Tagesordnung. Vorerst hatte es den Anschein, daß endlich einmal wieder ein Haushaltsplan zur Annahme gelangen würde. Aber es kam anders. Die Bürgerlichen machten ihre Zustimmung davon abhängig, daß Herr Oberbürgermeister als Finanzdezernent ermächtigt werde, nach Möglichkeit noch weitere Sparmaßnahmen zu treffen. Die SPD-Fraktion konnte dieser Ermächtigung aber nicht beipflichten. Und so kam es, daß auch der diesjährige Haushaltsplan gegen 14 Stimmen der bürgerlichen Fraktion abgelehnt wurde; ein bürgerlicher Stadtverordneter fehlte bekanntlich. Für die bürgerliche Fraktion haben Herr Stadtv. Schinkel, für die SPD, Herr Stadtv. Vizevorw. Gänther und für die KPD, Herr Stadtv. Vizevorw. Pieler in längeren Ausführungen ihre Stellungnahme bekannt. Der kommunistische Redner kam bald in das politische Fahrwasser und erwiderte mit feinen Schilderungen über das Sowjetparadies verschiedentlich die Heiterkeit des Hauses. Für eine Einigungs-Kommission wurden von den Bürgerlichen die Herren Stadtv. Dr. Mähmeier und Siegert und von der SPD, die Herren Stadtv. Horn und Riß bestimmt. — Ob wieder ein Haushaltsplan der Stadt Riesa differt werden muß?

Erfahrungen für die nächsten Jahre.

Hierzu bemerkte Herr Stadtv. Vizevorw. Gänther, daß die durch das Ausschneiden des Herrn Stadtv. Haber aus dem Kollegium freigebliebenen Ausschüsse der sozialdemokratischen Fraktion zugewiesen werden müßten, da Herr Stadtv. Haber der SPD angehört habe. Es könne sich nach dem Ortsgesetz nicht um Erfahrungen handeln. Herr Gänther beantragte, das Ortsgesetz, das in dieser Angelegenheit eine Lücke enthalte, nach den Vorschriften der Gemeindekammer umzuändern. Herr Stadtv. Schaf (KPD.) schlug vor, die freigebliebenen Sitze mit einem kommunistischen Stadtverordneten zu besetzen, worauf Herr Stadtv. Vizevorw. Pieler erwiderte, daß diese Anordnung nicht mit der Gemeindeordnung in Einklang zu bringen sei. Schließlich sprach noch Herr Stadtv. Pieler (KPD.), der unbedingt einige Ausschüsse für seine Partei beanspruchte, da diese noch in keinem Ausschuss vertreten sei. Sodann protestierten die kommunistischen Stadtverordneten gegen die Geschäftsordnung. Der Protest wurde in die Niederschrift aufgenommen. — Der Antrag Gänther, die Änderung des Ortsgesetzes betreffend, wurde dem Rechts- und Verfassungskomitee zur Prüfung überwiesen. — Es wurde beschlossen, sämtliche von Herrn Haber innegehabten Sitze dessen Amtsnachfolger, Herrn Stadtv. Schinkel (Soa.), zu übertragen.

Haushaltplan-Beratung.

Herr Stadtv. Vizevorw. Dr. Mähmeier teilte mit, daß es nunmehr nach langen Beratungen gelungen sei, den Haushaltsplan vor das Plenum zu bringen.

Zu dem Haushaltsplan führte Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider u. a. aus: Es sei keine dankbare Aufgabe, den Haushaltsplan vor den Stadtverordneten zu vertreten. Trotz großer Bemühungen sei es auch in diesem Jahr nicht möglich gewesen, den Haushaltsplan auszugleichen. Es ergebe sich nach dem vorliegenden Plan ein Fehlbetrag von 182.756 RM. Bei dem größten Teil der Gemeinden sei ein Ausgleich nicht möglich gewesen, denn die finanzielle Lage der Gemeinden sei zu groß. Es gebe viele Kommunen, die sich in gleicher Lage wie Riesa befänden. Die erste Zusammenstellung des neuen Planes habe einen Fehlbetrag von 419.812 RM. ergeben, es seien also durch die letzten Abstriche 237.056 RM. eingespart worden. Seit dem Jahre 1924 sei es nicht mehr möglich gewesen, einen Haushaltsplan zu balancieren. 1925 habe der Fehlbetrag 188.177, 1926 285.992, 1927 449.697, 1928 305.810, 1929 307.188 ergeben. Das Ergebnis der Aufwendungen von 1929 betr. Abfertigung sei noch nicht festgesetzt. Es könne also die Festhaltung gemacht werden, daß jetzt ein erheblicher Fortschritt zu verzeichnen sei, indem der Fehlbetrag durch die großen Abstriche auf 182.756 RM. herabgesetzt worden sei. Der Rat sei sich darüber einig gewesen, daß bei der Deckung grundsätzlich auf jede Anleiheaufnahme verzichtet werden muß. Zur Deckung des Fehlbetrages habe der Rat beschlossen, davon abzusehen, wiederum Anleihenmittel zum Ausgleich aufzunehmen. Er habe vielmehr beschlossen, die Deckung des Fehlbetrages in der Weise in Aussicht zu nehmen, daß 100.000 RM. als Voranschlag aus dem Ausleihstock mit der Maßgabe erbeten werden sollen, daß nach Abschluß der Rechnung die Umwandlung in eine Staatsbeihilfe erfolgt. Der dann noch verbleibende restliche Fehlbetrag von 82.756 RM. solle durch Mehreinnahmen und Minderungen der Ausgaben bei den einzelnen Umfassen bei den verschiedenen Abschnitten des Haushaltsplanes beseitigt werden. Um letzteres zu ermöglichen, habe der Rat beschlossen, dem Finanzdezernenten Ermächtigung zu strengsten Sparmaßnahmen insbesondere in der Richtung zu geben, daß er bei den einzelnen Umfassen gemachten Summen für gewisse Zeiten des Rechnungsjahres zu sperren und die Veranschlagung von Beträgen auf einzelne Ansätze von seiner ausdrücklichen vorherigen Genehmigung abhängig zu machen, befristet sein soll.

Am Schluß seiner Ausführungen hat Herr Oberbürgermeister das Kollegium, den Haushaltsplan im vorliegenden Entwurf anzunehmen.

Herr Stadtv. Schinkel (Bürgerl.) gab zunächst bekannt, daß auch er eine Aufstellung zusammengestellt habe, woraus die verschiedenen, den Haushaltsplan betreffenden Summen und deren Deckungsmöglichkeiten zu ersehen seien. Herr Stadtv. Schinkel verlas die errechneten Beträge und gab dazu die nötigen Erläuterungen. Er wies auf die umfangreichen Beratungen im Finanzausschuss hin und betonte, daß es dem Rats schließlich gelungen sei, den vorerwähnten über 400.000 RM. betragenden Fehlbetrag auf 182.756 RM. herabzusetzen. Zwar sei die bürgerliche Fraktion dem vorliegenden Haushaltsplan-Entwurf gegenüber sehr feindselig eingestellt und habe mehrere in einzelnen Konten einzelne Beträge für zu niedrig, weshalb höhere Vorläufe für geboten erachtet. Er ging in seinen weiteren Ausführungen auf die im Entwurf eingezeichneten Ausgaben- und Einnahme-Posten ein. Die Stadt Riesa habe alle Steuerermäßigkeiten ausgenutzt. So habe auch die bürgerliche Fraktion unter dem Druck der Verhältnisse einem 150prozentigen Zuschlag zur Grund- und Gewerbesteuer zugestimmt und somit die Interessen der Stadt in weitestgehendem Maße gewahrt. Es sei zu wünschen, daß die im Vorlage zur Beratung stehenden Steuerentwürfe (Konvention) angenommen würden, wodurch den Gemeinden die Möglich-

keit gegeben werde, ihre finanzielle Lage einigermassen zu verbessern. Herr Stadtv. Schinkel verlas sodann mehrere Anträge der bürgerlichen Fraktion, die im Finanzausschuss abgelehnt worden sind. Einzelne dieser Anträge seien aber auch einige Anregungen berücksichtigt worden und bereits seitens des Rates zur Durchführung gelangt. In ihrer Fraktions-sitzung habe sich die bürgerliche Fraktion einigend mit dem vorliegenden Haushaltsplan beschäftigt. In Anbetracht dessen, daß die Deckungsfrage ohne Anleihen geregelt werden solle und der Rat beschlossen habe, den Finanzdezernenten zu ermächtigen, zur weiteren Senkung des vorhandenen Defizits etwa mögliche Einsparungen durchzuführen, habe sich die Rechte entschlossen, die Ratsvorlage unverändert anzunehmen.

Sodann ergriff Herr Stadtv. Vizevorw. Gänther (Soa.) das Wort, um zunächst zu erklären, daß die sozialdemokratische Fraktion der Vorlage nicht ohne weiteres zustimmen könne; sie müsse sich vor allem dagegen wenden, daß es dem Finanzdezernenten gestattet werden solle, von sich aus weitere Abstriche vorzunehmen zu können. Trotz des guten Willens des Rates und trotz größter Sparsamkeit werde es nicht möglich sein, mit den eingezeichneten Posten auszukommen. Nach dem vorliegenden Entwurf sei für den Kopf der Einwohnerschaft in Riesa ein Betrag von 140 RM. errechnet worden, während im allgemeinen als Mindestbetrag pro Kopf der Einwohnerschaft 100 RM. erforderlich seien. Der verbleibende Fehlbetrag im Haushaltsplan betrage immer noch die verhältnismäßig hohe Summe von 8 RM. pro Kopf der Einwohnerschaft. Redner ging sodann auf die Zuweisungen des Reiches und Staates an die Gemeinden ein. Die Zuweisungen an die Gemeinden seien erheblich herabgesetzt. Gegenüber Preußen seien die sächsischen Gemeinden stark im Nachteil. Reich und Staat hätten verabsäumt, für genügende Deckungsmittel für die zwangsausfalligen Ausgaben der Gemeinden Sorge zu tragen. Herr Stadtv. Gänther kritisierte sodann die verschiedenen Maßnahmen, welche durch das Diktat der Kreisbauernschaft der Stadt Riesa aufgelegt worden sind. Auch die sozialdemokratische Fraktion sei sich dessen bewußt, daß äußerste Sparsamkeit geboten ist und daß augenblicklich alle Ausgaben vermieden werden müßten, die nicht unbedingt notwendig sind. Von diesem Gesichtspunkte aus werde die Einke der Vorlage zustimmen, jedoch nur unter der Bedingung, daß der oben erwähnte Beschluß des Rates fallen gelassen werde.

Als nächster Redner beschwerte sich Herr Stadtv. Pieler (Komm.) zunächst darüber, daß ihm die nachgeschickten Unterlagen zum Haushaltsplan verweigert worden seien, so daß es den kommunistischen Stadtverordneten nicht möglich gewesen sei, die nötigen Nachfragen vorzunehmen. Er erklärte, daß die beiden kommunistischen Stadtverordneten den vorliegenden Haushaltsplan, der auf Kosten der Arbeiterklasse aufgestellt worden sei, ablehnen. In längerer finanzpolitischer Rede verteidigte er das sowjetische „Paradies“, um anschließend seine ablehnende Haltung zum Haushaltsplan der Stadt Riesa darzulegen.

Nachdem die Redner der einzelnen Fraktionen gesprochen hatten, trat das Kollegium in die Beratung der einzelnen Positionen ein. Die Einzelberatung ging sehr rasch vonstatten. Sämtliche eingezeichneten Posten wurden genehmigt. Die kommunistischen Stadtverordneten stellten zwar mehrere Anträge, durch welche sie je nach ihrem Willen höhere Einstellungen oder Abstriche erreichen wollten. Die Anträge wurden, da in ihnen die finanzielle Lage nicht berücksichtigt worden war und somit nur der kommunistischen Agitation dienten, von den übrigen Fraktionen nicht unterstützt und verfielen somit sämtlich der Ablehnung.

Herr Stadtv. Vizevorw. Gänther erwiderte in besonderen Worten, daß die sozialdemokratische Fraktion den kommunistischen Anträgen deshalb nicht zustimmen könne, weil sie zweifelhaft seien, denn bei Annahme der Anträge, die im wesentlichen die städtische Wohlfahrtskasse betrafen, würden seitens der vorgesetzten Behörde weitere Abstriche erfolgen.

Herr Stadtv. Vizevorw. Dr. Mähmeier bemerkte zu den Ausführungen des Herrn Stadtv. Pieler, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt beherrsche. Alle Völker litten unter der Krise.

Den uns zur Verfügung gestellten Unterlagen entnehmen wir folgendes:

Fehlbeträge 1924/25	25.486,—
1925/26	812.217,—
1926/27	129.119,—
1927/28	181.242,—
1928/29	ca. 247.000,—
1929/30	ca. 230.000,—

Davon sind ca. 825.000 RM. durch Anleihen gedeckt. Für 28/29 sind ca. 248.000 RM. durch Anleihen genehmigt. Das Geld steht bis jetzt noch aus. Weitere Gelddeschaffung ist zur Zeit nicht so einfach.

Der Fehlbetrag 1929/30 in Höhe von ca. 230.000 RM. ist noch ungedeckt. Hoffnung auf den Lastenausgleichsstock? Der uns nun vorliegende Haushaltsplan 1930/31 wurde im Finanzausschuss bearbeitet und von 419.812 RM. Fehlbetrag auf 244.917 RM. herabgemindert.

Bei der Beratung im Rat gab Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider zunächst allgemeine Erläuterungen zu dem Entwurf und erklärte, daß man mit Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt mit einem besonderen Beihilfegesuch an den Lastenausgleichsstock herantritten wolle. Weitere Einsparungsmöglichkeiten, die eine Herabsetzung des verbleibenden Fehlbetrages herbeiführen könnten, wären, wie bei den langwierigen Verhandlungen in den Sitzungen des Finanzausschusses festgestellt worden sei, kaum durchführbar.

Die bürgerlichen Ratsmitglieder gaben dann die von der SPD schon gezeigte Erklärung ab und das Resultat war schließlich so, daß der Fehlbetrag nun doch noch auf 182.756 RM. herabgemindert werden konnte.

Die Entwicklung einiger Etatsabschnitte, z. B.

Kunst und Wissenschaft:	
1924 = 1800 RM. Zuschuß	1890 = 14.800 RM. (Landesbahnen-Zweckverband).
Wohlfahrtspflege:	
1924 = 238.200 RM. Zuschuß	1930 = 586.180 RM.
Witzergüterverwaltung:	
1924	Ueberfluß 81.000 RM.
1925	Ueberfluß 20.000 RM.
1926	Ueberfluß 10.040 RM.
1927	Ueberfluß 9.700 RM.
1928	Ueberfluß 12.400 RM.
1929	Zufuß 1700,—
1930	Zufuß 17.150 RM.
Erwerbslosenfürsorge:	
1930	Zufuß 20.000 RM.

Sowern und Ausgaben ist besonders bedenklich, bezgl. ist der Verminderung des Abschusses sowohl in persönlicher als sachlicher Beziehung besonders Beachtung zu schenken.

Der Steigerung der Wohlfahrtslasten steht entsprechende Vermehrung der Zuweisungen nicht entgegen

1925/26	111.000 RM.
1928/29	181.889 RM.

Die lange diese Saken von den Gemeinden noch getragen werden können, steht dahin.

Au und für sich standen die Beratungen des diesjährigen Haushaltsplanes unter dem Druck der Anleihe- und Sparmaßnahmen des Kreisbauernschaft: Totenbestattung, Diäten, Gaspreissteigerung, Straßen- und Schleusenreinigungsgeld.

Die Stadt Riesa hat fast alle Steuerermäßigkeiten ausgenutzt, insbesondere Feuersteuerminderungen, Wasserpreiserhöhung von 20 auf 30 Pfg. pro Kubikmeter, Straßen- und Schleusenreinigungsgeld, Grund- und Gewerbesteuer. Die bürgerliche Rats- und Stadtverordnetenfraktion hat dabei stets die Interessen der Stadt vertreten, obwohl sie solche Ausgaben, die nur einseitig den Grund- und Hausbesitz und das Gewerbe belasten, grundsätzlich bekämpft. Sie erwartet daher, daß die Regierungsvorlage, soweit sie die Einführung einer Kopfsteuer für die Gemeinden vorseht, nicht bald zur Annahme gelangt.

Im Finanzausschuss hat die bürgerliche Fraktion u. a. bei der Schlussberatung folgende Anträge gestellt:

- Die Feuersteuer ist umzusetzen (Der Rat hat den Steueraussschuss ersucht, ein entsprechendes Ordresekret zu unterbreiten);
- Der Rat möchte die seit 1924 bis 1928 eingetretene Differenz von 10 Pfg. pro Kubikmeter Wasserpreiserhöhung als Nebenleistung erklären (Dies wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt);
- Die Rittergüter zu verpachten (Auch dies wurde abgelehnt);
- Vermittel;
- Wohlfahrtslasten;
- ei eine Reale (Änderung der Verfassung);
- Geschäftszeit Rathaus 2 Nachmittage (ist erfolgt).

Nach Beendigung der Einzelberatung des Haushaltsplanes erklärte Herr Dr. Mähmeier, daß die bürgerliche Fraktion auf dem Beschluß bestehen müsse, den Finanzdezernenten der Stadt zu ermächtigen, nach Möglichkeit weitere Abstriche vorzunehmen, anderenfalls sie behauere, dem Haushaltsplan-Entwurf nicht zustimmen zu können.

Nach einer abermaligen Erklärung des Herrn Stadtv. Pieler, die kommunistischen Stadtverordneten denken nicht daran, den Finanzdezernenten als Sparkommissar einzusetzen, wurde die Ratsvorlage mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Als Folge dieser Ablehnung wurde sodann auch der

gesamte Haushaltplan

gegen 14 Stimmen der Bürgerlichen (einschließlich der Stimme des Vertreters der Volkrechtspartei) mit 16 Stimmen der beiden linken Fraktionen

abgelehnt.

Bestimmungsgemäß hat nunmehr das

Einigungsverfahren

eingeleitet. In den zu bildenden Ausschuss wählte das Kollegium die Herren Stadtv. Dr. Mähmeier und Seeger (Bürgerl.) und Horn und Riß (Soa.).

Zur Orientierung veröffentlichen wir nebenstehend die dem Haushaltsplan-Entwurf beigelegte Hauptübersicht, aus der die eingelegten Beiträge zu ersehen sind.

Den Regiebau betr.

Kenntnisnahme von dem Ergebnis der Feststellungen über die Gründe der Nichterteilung des städtischen Regiebaues an der Ausschreibung der Bauarbeiten für die Bewog.

Hierzu verlas Herr Stadtv. Vizevorw. Dr. Mähmeier ein längeres Schreiben des Herrn Oberbürgermeisters, in welchem dieser unter schärfster Verwahrung einer Unterstellung Bezug nimmt auf die Vorhaltungen, die ihm in der öffentlichen Stadtverordnetenversammlung vom 27. Mai d. J. von sozialdemokratischer Seite gemacht worden sind. Diesem Rechtfertigungsschreiben war ein diesbezügliches Schreiben des städtischen Bauamtes beigelegt. — Es entspann sich eine längere Debatte, in der Herr Stadtv. Horn die seinerzeit von ihm im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion gemachten Vorwürfen längemah wiederholte und dieselben aufrechterhielt. Jedemfalls sei die Fraktion durch die Bescheide nicht zufrieden gestellt.

Gleichzeitig mit der Erledigung dieser Angelegenheit gab die bürgerliche Fraktion folgende Erklärung ab:

Die in der Presse veröffentlichte Erklärung des Rates der Stadt Riesa, den städtischen Regiebau betreffend, ist gegen die Stimmen der bürgerlichen Rats- und Stadtverordneten lediglich durch die Einkommensrechtler zustande gekommen. Herr Baumeister Siegeri war am 18. 11. 1929 noch nicht Stadtverordneter. Der Antrag: Die Untersuchung des Falles hat ergeben, daß neben der Ersparrnis durch Verminderung der Baukosten bei Bauausführung in Höhe von rund RM. 9000,—, die auch bei Ausführung des Baues durch einen Privatunternehmer eingetreten wäre, tatsächlich ein Gewinn von rund 88.000,— RM. vom Regiebau erzielt worden ist, der bei Vergebung der Arbeiten an einen Privatunternehmer der Stadt verlorengegangen wäre, drängt und die Frage auf, wer denn die Untersuchung vorgenommen hat, wie der Bericht darüber lautet, denn unsere Anträge, durch Sachverständige die Abrechnung prüfen zu lassen, hat die Antsmehrheit bisher abgelehnt.

Auch hierüber entspann sich beifolgendermaßen eine ergiebige Aussprache, in welcher Herr Stadtv. Siegeri erklärte, daß er seine Behauptungen aufrechterhalte, solange ihm nicht durch Unterlagen schwarz auf weiß nachgewiesen werde, daß er im Unrecht sei. Im Gegenfall zu den Erklärungen der Sprecher der Linken, die sich lediglich auf die amtlichen Feststellungen stützten, vertrat die Rechte nach wie vor die Stellungnahme, daß zwar die Möglichkeit der zahlungsmäßigen Errechnung auch von ihr nicht angezweifelt werde, daß sie sich aber von der Richtigkeit der Behauptung, der Regiebau erbringe der Stadt besondere Vorteile, erst dann überzeugen lassen könne, wenn dies einmündig durch die Prüfung einer besonderen Kommission festgestellt worden sei.

Mitteilungen.

Das Kollegium nahm Kenntnis von dem eingegangenen Antwortschreiben der Kreisbauernschaft, die Bekannte Ablehnung der vorläufigen Mittel aus dem diesjährigen Haushaltsplan betreffend. Der Beschluß der Beschlußbehörde

geht dahin, daß das Stadtverordnetenkollegium verpflichtet sei, die erforderlichen Mittel zur Fortführung der städtischen Verwaltung zu bewilligen.

Schließlich beantwortete Herr Oberbürgermeister Dr. Schneider eine in einer der letzten Sitzungen von Herrn Stadtm. Meier gestellte Anfrage, den Verkauf der früheren Mensel'schen Glasfabrik betr. dahin gehend, indem er mitteilte, daß der Kaufvertrag über die fragl. Grundstücke abgeschlossen ist. Der Vertrag mit der Stadt sei abgeschlossen; die Vertragsabwicklung sei aber abhängig, daß auch ein anderer schwebender Kauf-

vertrag des betreffenden Glasfabrikunternehmens vom Reichsfinanzministerium genehmigt wird. In letzterer Angelegenheit habe er bereits mehrere Male beim Bundesfinanzministerium vorgesprochen. Es sei zu wünschen, daß die Angelegenheit schließlich zu einem günstigen Abschluß gelangt, damit dadurch die Arbeitslos in unserer Stadt etwas gemildert werde.

Nachdem Herr Stadtm. Vorsteher Dr. Rühlmeier Herr Oberbürgermeister für die unternommenen Schritte gedankt hatte, wurde die Sitzung nach Verlesen der Niederschrift kurz nach 10 Uhr geschlossen.

Bauüberblick zum Haushaltsplan der Stadt Meißen.

Bezeichnung	1930				1929			
	Einnahme	Ausgabe	Ueberschuß	Defizit	Einnahme	Ausgabe	Ueberschuß	Defizit
A. Allgemeine Verwaltung								
1 Hauptverwaltung	589500	767650	—	178150	581000	771425	—	190425
2 Wahlamt	880	1350	—	470	500	2650	—	2150
3 Steueramt	14300	77200	—	62900	13000	71025	—	58025
4 Wohnungsamt	650	15000	—	14350	930	15700	—	14770
5 Wohnungsfriedensamt	40	2665	—	2625	80	2650	—	2620
6 Versicherungsamt	150	18125	—	12975	180	12970	—	12840
7 Standesamt	2674	12730	—	10056	2623	12170	—	9547
Summe A.	608194	889720	—	281526	598213	888590	—	290377
B. Polizeiverwaltung								
8 Sicherheitspolizei	14470	166400	—	151930	16350	167700	—	151350
9 Hauptpolizei	8400	21800	—	17900	8300	22800	—	19500
10 Gesundheits- und Wohlfahrtspolizei	2700	16025	—	13925	2710	15780	—	18040
Summe B.	20570	202725	—	182155	22360	206260	—	183890
C. Bauverwaltung								
11 Bauverwaltung	58260	87720	—	29460	275500	356260	—	80760
12 Tiefbauamt	181500	224420	—	92920	107600	213300	—	105700
13 Straßenbeleuchtung	450	46500	—	45050	300	49100	—	46800
14 Hochbauamt	—	500	—	500	—	1000	—	1000
Summe C.	190210	358140	—	167930	383400	619660	—	236260
D. Betriebe und Unternehmungen								
15 Gastwirt	25000	—	25000	—	30000	—	30000	—
16 Wasserwerke	5000	—	5000	—	20000	—	20000	—
17 Kraftverkehr	—	—	—	—	—	—	—	—
18 Schlachthof	15000	—	15000	—	15000	—	15000	—
19 Krankenhaus	—	—	—	—	—	12000	—	12000
20 Sparkasse und Stadtbank	30000	30000	—	—	25000	25000	—	—
21 Wäber	9800	11920	—	2120	9200	13350	—	4150
22 Feuerweh	27000	27000	—	—	25760	25760	—	—
23 Parks- und Gartenanlagen	26900	61950	—	35050	32600	67420	—	34820
24 Märkte	2560	1200	1360	—	1580	700	880	—
Summe D.	141260	132070	46360	37170	159140	144230	65880	50970
E. Schulen								
25 Volksschulen	—	175936	—	175936	—	222359	—	222359
26 Oberrealschule	120500	261700	—	141200	112700	259600	—	146900
27 Öffentliche höhere Handelshochschule	—	15800	—	15800	—	15500	—	15500
Summe E.	120500	453436	—	332936	112700	497459	—	384759
F. Kunst und Wissenschaft								
28 Theater	13500	28800	—	14800	16150	27300	—	11150
29 Stadtbücherei	550	3300	—	2750	675	3500	—	2825
Summe F.	14050	31600	—	17550	16825	30800	—	13975
G. Wohlfahrtspflege								
30 Fürsorge- und Wohlfahrtswesen	116450	652600	—	536150	104270	619130	—	514860
31 Erwerbslosenfürsorge	—	20000	—	20000	—	6000	—	6000
32 Gesundheitspflege	100	7070	—	6970	200	3870	—	3670
Summe G.	116550	679670	—	563120	104470	629000	—	524530
H. Finanzverwaltung								
33 Kapital- und Schuldenverwaltung	478000	577000	—	99000	491000	568300	—	77300
34 Grundstücksverwaltung	261620	289789	—	22169	221585	277750	—	56165
35 Ritzgutverwaltung	64900	47750	17150	—	64700	66400	—	1700
36 Beteiligung an gewerblichen und sonstigen Unternehmungen	62170	32850	29320	—	60590	30250	30340	—
37 Allgemeiner Aufwand	13500	44830	—	30830	12800	54350	—	41550
38 Steuern und Abgaben	1491800	13000	1478800	—	1485150	12000	1473150	—
Summe H.	2371990	998719	1525270	151999	2335825	1009050	1503490	176715
Zusammenstellung								
A. Allgemeine Verwaltung	608194	889720	—	281526	598213	888590	—	290377
B. Polizeiverwaltung	20570	202725	—	182155	22360	206260	—	183890
C. Bauverwaltung	190210	358140	—	167930	383400	619660	—	236260
D. Betriebe und Unternehmungen	141260	132070	46360	37170	159140	144230	65880	50970
E. Schulen	120500	453436	—	332936	112700	497459	—	384759
F. Kunst und Wissenschaft	14050	31600	—	17550	16825	30800	—	13975
G. Wohlfahrtspflege	116550	679670	—	563120	104470	629000	—	524530
H. Finanzverwaltung	2371990	998719	1525270	151999	2335825	1009050	1503490	176715
Summe	3588924	3746080	1571680	1734386	3732933	4025039	1569370	1861476
Schuldenbetrag	162756	—	162756	—	292106	—	292106	—
Summe	3746080	3746080	1734386	1734386	4025039	4025039	1861476	1861476

Zeitliches und Sächliches.

Meißen, den 9. Juli 1930.

Wetter-Vorhersage für den 10. Juli. Mittagszeit von der Süd- und Südwestseite zu Dresden. Keine wesentliche Änderung des herrschenden Witterungscharakters, wolfig bis zeitweise auflockernd mit etwas Neigung zu Unbeständigkeit, vereinzelt Schauer möglich, nach kühler Nacht am Tage gemäßigte Temperaturen, anfangs in der Mittagsstunden im Flachland ermöglicht warm, im Gebirge kühl und windig, im Flachland mögliche Winde aus Süd- und Nordwest.

Die Finanznot der Kommunen. Die erste Lage in der Finanzwirtschaft der deutschen Städte und Gemeinden, über die wir schon mehrfach berichtet haben, hat jetzt den Anlaß gegeben zu einem Vorstoß des Deutschen Städtebundes in dieser Frage. In den letzten Tagen hat die Spitzenorganisation der deutschen Kommunen beim Reichsfinanzministerium Verhandlungen eingeleitet mit dem Ziel, der wachsenden Finanznot der deutschen Kommunen noch rechtzeitig Herr zu werden. Wenn nicht in aller Eile ein Weg gefunden wird, um den Gemeinden zu helfen, so besteht die größte Gefahr, daß

im Herbst ein Defizit entsteht, das zu decken kaum noch möglich sein dürfte. Augenblicklich besitzt man den Schuldenbetrag auf 5-600 Millionen. Diese ernste Situation hat auch neben dieser Aktion des Städtebundes eine Reihe von Abgeordneten, die aktiv in der Kommunalpolitik tätig sind, veranlaßt, mit der Regierung über dieses Gebiet zu verhandeln. Der Vorschlag des Deutschen Städtebundes, eine wesentliche Erweiterung in der Kräftefrage zu schaffen, hat kaum Aussicht auf Verwirklichung. Weiterhin ist erwägt worden, daß die Einführung eines beweglichen Verwaltungslohnvertrages und einer Schenksteuer. In der nächsten Zeit werden sich also die in Frage kommenden Stellen sehr eingehend mit diesen Sorgen der Gemeinden zu befassen haben, da es sich hier um Schuldenbeträge handelt, die die gesamte Finanzlage des Reiches zu erschüttern imstande sind. In kommunalpolitischen Kreisen drängt man auch deshalb zu einer schnellen Entscheidung, weil man befürchtet, daß Rückfälle für die Antriebskraft der Gesamtwirtschaft eintrüben können. Wenn sich die Gemeinden einzeln oder ohne Zusammenhang infolge nicht rechtzeitiger Behebung ihrer Kräfteprobleme lösen, irgendwelche Sondersteuern, Tarifveränderungen usw. durchzuführen, so wäre dies das unannehmlichste, was man sich denken könnte, weil in diesem Falle kein organisiertes Zusammenarbeiten vorläge. Man gibt sich angeleitet der Schwere des Problems in den beteiligten Kreisen keinen Illusionen hin, glaubt aber doch, daß sich

ein Weg finden wird, der in gemeinsamer und sorgfältiger Arbeit der Stadt der deutschen Kommunen Rettung trägt und die Aussichten für die kommenden Monate günstiger gestaltet.

Verteilerzeitende, geht Obacht auf einen Spezialfall! Ein Vorfall auf dem Leipziger Hauptbahnhof ist wieder einmal, wie berichtet die Zeitung ist, das Neugebäude nicht aus den Augen zu lassen. Am Sonntag nach 8 Uhr vormittags verließ ein Reisender, der den Weg nach Gotha benutzen wollte, kurz vor Abfahrt des Zuges auf einen Augenblick sein Abteil und mußte nach seiner Rückkehr feststellen, daß inwischen ein unbekannter Mann, der mit im Abteil saß, seinen Koffer, enthaltend verschiedene Wäschestücke und einen Photoapparat, genommen und sich aus dem Staube gemacht hatte. Der Beschädigte wird seinen Koffer wohl nie wiedersehen.

Technikertagung in Weidau. Am 8. und 9. Juli 1930 hielt der Verband Deutscher Techniker von Sachsen in Weidau seine Tagung ab. Dieselbe war von Abgeordneten aus allen großen Städten Sachsens besucht. Die am Sonntag abgehaltenen Vortragsarbeiten beschäftigten in voller Einnützigkeit die Vorarbeiten. Am Abend veranstaltete dann die Ortsgruppe Weidau ein geselliges Beisammensein. Am Sonntag fand eine öffentliche Rundgebung statt, in der Hauptgeschäftsführer Erdmann-Otto über die Aufgaben des Technikerbundes in Volk, Staat und Wirtschaft sprach. Die Rundgebung, welche vom Bauvorsitzenden Herrn Ing. Reumann in Meißen geleitet wurde, dürfte auch den Technikern in Weidau Gelegenheit gegeben haben, sich von der ersten Verursacher- und Standesarbeit des V.D.T. zu überzeugen. Am Nachmittag begann dann die Tagung. Der Geschäftsbericht ließ eine außerordentlich gute Mittalberentwicklung erkennen. Auch die Finanzlage ist als gut zu bezeichnen. Aus den geleisteten Arbeiten sind besonders die Erfolge in der Tarifarbeit und im Rechtsstand zu erwähnen. Besondere Beachtung verdienen die eingetragenen Anträge zum Bauwesen, die ebenfalls einmütig Annahme fanden. Derselben beschäftigten sich mit den Fragen der Sozialpolitik. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß einem Abbau in der Angestellten- und Arbeiterlohnversicherung fürstend entgegenzutreten werden müsse. Desgleichen wurde der Gehaltsabbau auf das entscheidende abgelehnt und zum Ausdruck gebracht, daß zunächst einmal durch eine Preissteigerung eine Sicherung der Kaufkraft erreicht werden müsse. Die weiteren Verhandlungen beschäftigten sich mit der Reform des Aktienrechts. Die Arbeitslosigkeit der Techniker in Sachsen hat besonders starken Umfang angenommen. Es wurde deshalb zum Ausdruck gebracht, daß alles geschehen müsse, um den Zustrom zum Technikerberuf einzudämmen. Zur Frage des Berufsangehörigen wurde ein Antrag angenommen, der verlangt, daß unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse für sämtliche technische Lehrentitäten des deutschen Reiches einheitliche Richtlinien über Aufnahmebedingungen, Prüfungen, Prüfungen usw. geschaffen werden. Weiter wurde die bis jetzt vom Wirtschaftsministerium abgelehnte Zulassung eines Vertreters des V.D.T. zur Baumeister-Prüfungskommission auf das entscheidende verlannt und die Verhandlung beauftragt, hier weitere Schritte an unternehmen.

Strebli. Schützenfest-Ausflug. Auch der Montag gehörte den Schützen. Das städtische Schützenfest im Schützenlokal brachte die nötige Abkühlung für die bevorstehenden Kämpfe um die Schützenwürde. Der Nachmittag brachte sodann das große Ereignis: das Schießen nach der Königscheibe. Mit großer Spannung erwartete man den Königsschützen. Verschiedene Namen wurden genannt. Vermutungen tauchten auf, bis es endlich zur Gemählung wurde: Direktor Ing. Baume hat den Meisterstuhl abgeben. In vorgeschrittenen Abendstunden erfolgte der feierliche Einzug des Schützenkönigs in die Stadt.

Kühnrich. Bei herrlichem Sommerwetter beging am Sonntag der hiesige Militärverein sein 50jähriges Vereins- und sein 40jähriges Fahnenjubiläum. Bereits am Vorabend hatte im festlich geschmückten Saal ein Kommissarstagung stattgefunden. Die Linken veranstalteten als Gegenveranstaltung einen Kulturtag. Bis gegen 1 Uhr wurden die von auswärtig kommenden Vereine mit Musik eingebracht. Punkt 1 Uhr setzte sich der städtische Festzug, an der Spitze die Festkompanien, in Bewegung. Die Disziplin ist eine sehr gute zu nennen, die auch nicht beeinträchtigt wurde durch herausfordernde Huruf. So etwas vermochte die Militärvereiner und die mit im Zuge marschierenden Stadtbewohner und Junge nicht zu hören, es wurde ruhig, ohne daß eine Ermüdung fiel, weitermarschiert. Klein 42 Fahnen, darunter zwei Stabarten, rotierten im Zuge. Auf dem Festplatz konnte dann der Vorhänge des feierlichen Vereins, Kamerad Mattheus, mit freudigem Herzen die vielen von fern und nah erschienenen Festgäste und Teilnehmer begrüßen. Herr Warrer Suerlen aus Glauchitz hielt eine sehr gute, zu Herzen gehende deutsche Ansprache. Bundesmitglied Kamerad Kappeler aus Dresden übergab mit feierlichen Worten ein Bundesgeheim, bestehend in einer weißen Schleiße. Bezirksvorsitzender Kamerad Dürsch konnte nach einer herzlichen Begrüßungsansprache im Namen vieler Vereine eine große Anzahl Glückwunschkarten und Geldgeschenke ausbändigen. Der Stadtbewohner übergab eine schwarze Schleiße mit dem Wunsch, daß diese Schleiße solange an der Fahne angeheftet sei, bis Deutschland wieder vollständig frei und alle deutschen Stämme miteinander vereint seien. Beim Beginn der Festansprachen marschierte gegenüber auf der Straße mit Musik der Festzug der Linken entlang, weshalb die Festansprachen unterbrochen werden mußten. Das Deutschlandlied, gespielt von dem modernen Mühlberger Musikorchester, hallt über alles weg. Was in allem kann man sagen, daß der Militärverein in Kühnrich stolz auf den großen Erfolg seines Doppeljubiläums sein kann.

Sachsen. Unter Gewinn. Das am 31. März 1930 beendete Geschäftsjahr der Großenhainer Webstuhl- und Maschinenfabrik H. W. Großenhain, brachte einen Nettogewinn von 1 150 294 RM. gegenüber 1 355 028 RM. l. J. Nach Abzügen von 63 400 (66 652) RM. und Abhebung der Handlungsunkosten und Betriebsunkosten verbleibt einschließlich 30 540 (36 570) RM. Vortrag ein Nettogewinn von 214 815 (226 920) RM. Der zum 15. Juli einberufenen G.D. wird die Verteilung von 12% (i. J. 15) Vorrat Dividende vorgeschlagen.

Samstag. Fachunterricht für Bäcker- und Fleischerlehrer an der Berufsschule. Einen begrüßenswerten Fortschritt kann die diesjährige Berufsschule verzeichnen. Durch Verleih der Bäcker- und Fleischerinnung von Lommach wurde ab 1. Juli 1930 alle Belegungen dieser Innungen, bis bisher in die Meißner Gewerkschaft gingen, die Lommacher Berufsschule begeben. Für alle Lehrlinge der Fleischer- und Bäckerinnung des Amtsgerichtsbezirks Lommach wird jede Woche eine Stunde Fachunterricht in der Berufsschule erteilt. Als Fachlehrer für die Fleischerlehrlinge wurde Herr Fleischermeister Hennmann und als Fachlehrer für die Bäckerlehrlinge Herr Bäckermeister Max Wille ernannt.

Reihen. Opfer der Rot. Als am Sonntag in der zehnten Stunde Angehörige der Familie S. Fabrikstraße, nach Hause kamen, schlug ihnen ein harter Gasgeruch entgegen. Man eilte sofort in die Kammer und fand dort den Gasbrenner offen und die 39-jährige Tochter regungslos im Bette liegen. Ein sofort hinzugezogener Arzt ließ sie sofort ins Landkrankenhaus bringen, wo die Lebensmilde vermittelnd Sauerstoff wieder ins Leben zurückgerufen werden konnte. Kündigung 1931 das Mädchen, die Stöße der Winter, zur Lat getrieben haben.

Wetzlar. 1931. und 1932. Nachrichten in der 1. Beilage.

Mitteilungen.

Grundsteuer 1930.

Der 2. Termin der Grundsteuer auf das Rechnungsjahr 1930 wird

am 15. Juli 1930

fallig. Zur Vermeidung entliehender Verzugszinsen sind die geforderten Vorauszahlungen mit dem bisherigen Terminsbetrage bis zu dem genannten Zeitpunkt an unsere zuständigen Steuerstellen zu entrichten. Spätestens 14 Tage nach der Fälligkeit des Termins ist mit der kostenpflichtigen Mahnung und Beitreibung zu rechnen.

Der Rat der Stadt Riesa — Steueramt — am 9. Juli 1930.

Ausschreibung.

Die Klempnerarbeiten am Rathausbau sollen vergeben werden. Kostenschätzungen (Stück l. — Mt.) sind, soweit der Vorrat reicht, im Gemeindeamt zu Größlich erhältlich. Eröffnung erfolgt Dienstag, den 15. Juli 1930, vormittags 10 Uhr, im Werksgasthof. Auswahl unter den Bewerbern bleibt vorbehalten, eventl. Ablehnung sämtlicher Angebote. Die Kostenschätzungen sind in verschlossenem Kuvert mit der Aufschrift „Kostenschätzung Klempnerarbeiten“ abzugeben. Größlich, am 9. Juli 1930. Der Gemeinderat.

Vereinsnachrichten

Pioniere Riesa u. Umg. Morgen Donnerstag, 20. Ubr. Verammlung im Deutschen Haus. Anmeldung am Pioniertag.

Sängertrio. Nächsten Sonntag, den 13. 7. Familienausflug nach Niederau-Buschmühle-Mühschänke. Abfahrt 13.11 Uhr. Treffen 1/13 Uhr. Wegen Sonderwagenmeldungen bis Freitag beim Vorsitzenden.

Richters

allwärts sehr beliebter

Tanz- u. Anstands-Lehrkursus

mit Erlernung feiner gesellschaftl. Umgangsformen beginnt Dienstag, den 19. August, 8 Uhr in

Domnitzsches Gasthof Bahnhof Wülknitz.

Prolepse u. Anmeldungen dabeih. Neueste Tänze nach der beliebten, bewährten und leicht fahlichen Art.

Frau Milda Rühr, Tanzlehrerin. Mitgl. des Allg. Deutschen Tanzl.-Verb.

Kleine Anzeigen

im Riesaer Tageblatt finden schnellste und weitestverbreitende Verbreitung.

Achtung — Brautleute!

Bevor Sie Ihre Möbel kaufen, besichtigen Sie bitte meine ganz besonders preiswerten und modernen

Schlafzimmer und Küchen

Teilsablung gestattet.

Hofmanns Möbellager, Bahnhofstr. 15 a



1 Paar ca. 8 J., 174 d. **braune Stuten starke Schweden**

in Fabrik geg. schöne Natur, auch einzeln, 1 mittelstark, 1 kräft. Ausbildungspferd. Preis 360.— u. 325.—, alles fromme, gesunde Tiere sowie mehrere Tafel-, Ambulanz- u. 3 Roblen-Rakentwas. billig zu verk. Rab. Dresden-M., Hellerstraße 1.

Geßbranner Landwirtsch. Jagdhund entlaufen. Mitteilungen über Verbleib neg. Belohnung erb. an Rittergut Girschstein, Zulp. Reichardt.

1—2 leere Zimmer von ja. Ehepaar sof. od. spät. gel. Off. erb. u. G 4868 an das Tageblatt Riesa.

1—2 leere Zimmer für sofort zu miet. gesucht. Offerten unter K 4871 an das Tageblatt Riesa.

Spiegelglas gesucht. Für 6jährig. Mädchen auf einige Monate liebevolle Pflege. In erf. im Tagebl. Riesa.

Wartung Tag sofort gesucht. Off. unt. P 4867 an das Tageblatt Riesa.

20 jähriges Mädchen sucht sofort oder später Stellung. Reinhold Schmidt, Daida b. Elsterwerda.

Mädchen für Haus u. Küche sucht **Müller, Bahnhofswirt.**

Herren und Damen zum Vertrieb billiger, leichtverkäuflicher Metallschlösser (Gebrauchsartikel) bei lohnendem Verdienst gesucht. Ang. unt. B 4863 an das Tageblatt Riesa.

Alfred Altermann geb. Matthias Vermählte Pausitz

Selma Altermann geb. Matthias Vermählte Pausitz

Kamilla Altermann Verlobte Herford i. Westf.

Erich Claussnitzer Verlobte Herford i. Westf.

Juli 1930

Emilie Hulda verw. Fichtner geb. Grohe danken wir hierdurch herzlich. Dir aber, liebe Mutter, rufen wir „Gute Nacht“ und „Nacht sanft“ in die Ewigkeit nach. Schönib, den 9. Juli 1930. Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Am Donnerstag, den 21. Juli 1930 beginnt in Riesa ein **Abendkursus in Tanzzeichen, Ausbildung für Maurer und Zimmermeister, Bauführer** und bis zur Maurer- und Zimmermeister-Prüfung. Dieser Unterricht ist so günstig gestellt, daß jeder Maurer u. Zimmermann teilnehmen kann. Interessenten wollen ihre Adresse niederlegen unter L 4872 an das Tageblatt Riesa.

Superläufiger Kutscher für sofort gesucht. Ernst Bille, Bahnhofstr. 8.

Pferdebursche 15—17 Jahre, für die Ernte sucht Frau Seelig, Röderau, Sandbergr. 2.

Kleines Hausgrundstück mit Garten zu verkaufen. Offerten unter H 4869 an das Tageblatt Riesa.

2 Käufer-schweine verkauft Rob. Rühle, Pausitz Nr. 18.

50 Schod Strobleile zu verkaufen Bauh. Nr. 25 a.

Ein neues Damen- und Herrenrad mit 11. Emaillefelher, bill. zu verkaufen B. Winkler, Fabrikbldg., Hauptstr. 59.

Akku für Radio zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preis u. J 4870 an das Tageblatt Riesa.

Sonderangebot. echl Eiche Speisezimmer Stg., nur 580.— Tisch gerüst nur 400.— **Möbel-Jantach Dresden-M., Hauptstr. 8.**

Bürfläschen und alles, was zur Obstweindbereitung gehört, ist frisch eingetroffen und wird mit sachmänn. Belehrung verkauft. **Interbrigade Friedrich Wättner** Bahnhofstr. 16, Tel. 136.

Zur Ernte. Maschinenöl in allen Breislagen, konsistentes Fett Treibriemenfett empf. **F. W. Thomas & Sohn.**

Reklame

ein wichtiger Faktor im Wirtschaftsleben.

Sich ihrer Bedeutung zu verschließen, wäre für einen Geschäftsmann ein großer Fehler. Bei modernen Kaufleuten ist dieses Erkenntnis zur Selbstverständlichkeit geworden. Immer neue Möglichkeiten werden zum Hervorheben der eigenen Propaganda gesucht. Ein originelles Schlagwort, eine Abbildung, sollen das Auge fesseln und als Blickfang wirken.

Das Riesaer Tageblatt wird Ihnen Erfolg bringen.

Es ist die älteste, größte und verbreitetste Zeitung des Bezirks und ist behördlicherseits bestimmt zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen. Inserate im Riesaer Tageblatt finden infolgedessen allergrößte Beachtung und bringen sicheren Erfolg.

Richters

Tanz- u. Anstands-Lehrkursus

mit Erlernung feiner gesellschaftlicher Umgangsformen beginnt Mittwoch, den 20. August 1930 (Damen 8, Herren 9 Uhr) im Hotel Wettiner Hof, Riesa. Die neuesten Tänze werden gelehrt. Voranmeldungen Bismarckstr. 24 erbeten. Prob. dabeih. Privatstunden jederzeit.

Milda Rühr geb. Richter, Tanzlehrerin. Mitgl. des Allg. Dtsch. Tanzl.-Verb.

Gut und gewinnbringend

will sie künstlich baktant sein.

Im Anzeigenenteil des „Riesaer Tageblatt“ finden Sie die besten, die besten und gewinnbringenden Waren anbieten.

Dill kauft

Herm. Gruhle Bismarckstraße 35 a.

Johannisbeeren zu verkaufen Delsch 13 b.

Schwarze und rote Johannisbeeren

verkauft Bobbig Nr. 12.

Verpunde diese Woche einen Kisten **Schöpfenfleisch** Pfund 1.20 Mt. **Julius Göbe Nachf.**

Baldravin



verschafft **gesunden Schlaf, Kräftigung der Nerven** bei längerem Gebrauch

1/2 Flasche M. 2,50
1 Flasche M. 4,50
Literflasche M. 7,50
Zu haben in allen Apotheken und Drogerien

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten.

Neu eingetroffen

Bildschmuck für Anzeigen, insbesondere für Ausverkäufe Serientage, Strumpftage, Waschstoffe, Teppiche, Reste u. v. a.

Die Verwendung dieser Bildmatern sichert doppelten Reklame-Erfolg Vorlage, Auskunft und Beratung bereitwilligst in der Geschäftsstelle des

Riesaer Tageblatt, Goethestraße 59

Das Echo des Finanzministers.

Es liegt auf der Hand, daß eine Rede, wie sie Reichsfinanzminister Dietrich am Montag im Reichstag gehalten hat, nicht überall ein freundliches Echo erregt, denn die Parteien werden durch den Finanzminister vor schwerwiegende und zum Teil unpopuläre Entschlüsse gestellt. Bei der ersten Fraktion ist ein gewisses Entsetzen darüber entstanden, daß Dietrich in seiner Rede die bekannten Sparvorschläge des Dania-Bundes einer überaus scharfen Kritik unterzogen, obwohl der Präsident des Dania-Bundes, Dr. Fischer, Dietrichs Fraktionsgenosse ist. Bei der Deutschen Volkspartei ist man besonders verstimmt darüber, daß das Programm des Reichsfinanzministers noch keine Einzelheiten über die Sanierung der Gemeindefinanzen enthält. Bekanntlich wird dieses in volksparteilichen Kreisen zum Teil als das Kernstück der gesamten Finanzreform angesehen.

Für die Geltung der Rechte spielt die Stellungnahme des Reichslandbundes eine erhebliche Rolle, der sich bekanntlich mit ziemlicher Schärfe gegen Dietrichs Programm gewandt hat. Es ist bisher noch nicht recht deutlich geworden, wie sich der Reichslandbund selbst die Sanierung der Reichsfinanzen denkt. Anscheinend will auch er auf den Vorschlag des Dania-Bundes hinaus, die von Schacht im Dezember vorigen Jahres eingeleitete Schuldentilgungsaktion hinauszuschieben. Darauf hat Dietrich in der Montag-Rede im Reichstag bereits eine sehr deutlich ablehnende Antwort gegeben. Auch was der Reichslandbund sonst an Maßnahmen zur Sanierung der Reichsfinanzen in Reserve hat, kann kaum darauf rechnen, verwirklicht zu werden. Dem meisten Anhang auf der bäuerlichen Rechte dürfte dabei die alte Forderung der Besteuerung der öffentlichen Hand finden, gegen die sich die Sozialdemokratie bekanntlich „mit Klauen und Zähnen“ wehrt. Im gegenwärtigen Stadium der Erörterungen scheint aber die weitere Forderung des Reichslandbundes nicht zu verwirklichen zu sein, nämlich die Übertragung der sozialen Versicherungsaufgaben und Pflichten auf die berufständische Selbstverwaltung. Diese Forderung setzt zu ihrer Verwirklichung einen völligen Umbau der gesamten Sozialversicherung voraus und wird schon aus diesem Grunde von den meisten übrigen Parteien abgelehnt, ganz abgesehen davon, daß auf der linken auch die härtesten grundsätzlichen Bedenken dagegen bestehen.

Alles in allem liegen die Dinge stimmungsmäßig heute so, daß die Regierung bestenfalls eine ganz knappe Mehrheit erhält, wobei es aber noch gänzlich unklar ist, auf welcher Grundlage und mit welchen Änderungen am letzten Finanzprogramm.

Die gestrige Sitzung des Reichskabinetts

Berlin, 9. Juli.

Die gestrige Sitzung des Reichskabinetts dauerte von 4 bis gegen 7,30 Uhr. Sie galt im wesentlichen Fragen der Arturbefreiung der Wirtschaft, deren Besprechung, wie erinnertlich, am 2. Juli begonnen worden war. Die Erledigung der Vorlagen zur Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms wurde weiter gefördert. Die Parteiführer-Besprechung mit dem Reichskanzler, die, wie angekündigt, der Kabinettsitzung folgen sollte, wurde gegen 9 Uhr aufgenommen.

Brüning gegen die volksparteilichen Abänderungsvorschläge

Berlin, 9. Juli.

Reichskanzler Dr. Brüning empfing gestern vor der Parteiführerbesprechung den Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz. Einer Meldung des „Berliner Tageblatt“ zufolge, hat der volksparteiliche Führer nochmals die Hauptforderungen der volksparteilichen Vorschläge vorgebracht, so den Wegfall des hundertprozentigen Einkommensteuertarifs und seinen Ersatz durch Erhöhung der Abstriche im Haushalt um 50 Millionen Mark, weiter eine Änderung des Paragraphen 163 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, der von der unbegrenzten Darlehenspflicht des Reiches für die Reichsanstalt handelt, in dem Sinne, daß die jeweils nötige Summe nicht ohne weiteres als Darlehen gegeben, sondern in einem Nachtragshaushalt angefordert werden müsse, und schließlich eine Zulage für die Einführung der Kopfsteuer in den Gemeinden im Herbst. Reichskanzler Dr. Brüning hat sich gegenüber diesen Anregungen sehr zurückhaltend geäußert und auf die Stellungnahme der verschiedenen Fraktionen zu diesen Punkten hingewiesen. Die Fraktionen der Deutschen Volkspartei und desentrums beschäftigten sich gestern ebenfalls mit diesen Punkten.

Zur Unterfuchung

der deutsch-polnischen Grenzzwischenfälle.

Berlin. Amittich wird mitgeteilt: In den Verhandlungen über die Zwischenfälle an der deutsch-polnischen Grenze haben sich die deutsche und polnische Regierung dahin geeinigt, den Sachverhalt durch je einen Beamten der beiden Regierungen einer gemeinsamen abschließenden Prüfung unterziehen zu lassen. Diese Kommission wird ihre Tätigkeit unverzüglich beginnen.

Sagung des

Verwaltungsrats der Reichsbahn-Gesellschaft.

Stuttgart. Am 7. und 8. Juli 1930 tagte der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in Stuttgart. Der Verwaltungsrat stimmt der Reichsregierung bei, daß im Interesse der deutschen Wirtschaft, wie der mit dieser eng verknüpften Reichsbahn selbst, eine möglichst wirksame Förderung der Arbeitsbeschaffung durch die Reichsbahn geboten ist.

Die begonnenen Verhandlungen wegen Beschaffung der nötigen Mittel sollen mit Beschleunigung fortgesetzt werden. Sobald diese Mittel gesichert sind, sollen die Aufträge erteilt werden.

Auch in der letzten Zeit ist die Einnahmeentwicklung der Reichsbahn ungünstig gewesen. Von Januar bis Juni 1930 sind die Betriebseinnahmen um rund 810 Millionen Mark hinter den vergleichbaren Einnahmen des Vorjahres zurückgeblieben. Um so dringlicher ist zu erwarten, daß die Reichsregierung im Sinne des bekannten Schreibens des Präsidenten des Verwaltungsrats neben der noch ausstehenden Genehmigung der beantragten Personalerhöhung weitere Wege zu der unbedingt nötigen dauernden Verbesserung der Betriebsergebnisse der Reichsbahn findet. Aus diesem Grunde hat der Verwaltungsrat die Frage der Erörterungsvorbereitung unabh. weiter vertagt.

Reichsmietertag in Braunschweig.

Abg. Braunschweig. Der Reichsbund Deutscher Mieter hielt in Braunschweig seinen diesjährigen Reichsmietertag ab. Die ersten Tage waren ausschließlich Sitzungen des Vorstandes und der Ausschüsse sowie ein Begrüßungsabend vorbehalten.

In öffentlicher Versammlung sprach Senatpräsident Dr. R. Freymuth-Berlin über

„Das deutsche Mietrecht der Zukunft“.

Das Mietrecht, so führte der Redner aus, nehme in Deutschland eine besondere Stellung ein, weil es sich in einer Weise entwickelt habe, die das Interesse der ganzen Bevölkerung erheische. Man könne es daher als soziales Mietrecht bezeichnen. Im Rahmen der Volkswirtschaft habe man das Wohnungsmangelgesetz, das Reichsmietengesetz und das Mieterschutzgesetz. Aber zwei Todesfeinde enthalte die Volkswirtschaft: Voderung des Mieterschutzes durch die Landesregierungen und die zeitliche Befristung der Verträge. Wohnungsmangel seien nicht politischer, sondern volkswirtschaftlicher Natur. Aber, da diese Gesetze im Reichstage gemacht würden, sei eine Scheidung von politischen Gesichtspunkten nicht möglich. Man müsse sich klar machen, daß die ganzen Fragen des Mieterschutzes mit dem gesamten volkswirtschaftlichen Ansehen und Erleben Deutschlands im Zusammenhang behandelt werden müßten. Das Mietrecht der Zukunft müsse einfach in seinen Grundzügen sein. Der Vermieter dürfe u. a. nicht nach Willkür kündigen, die Miete müsse in einer angemessenen Höhe bestehen bleiben. Jährlich müßten 250.000 Wohnungen erstellt werden, um in fünf Jahren zu einer Verringerung des Fehlbedarfs zu kommen. Andererseits müsse berücksichtigt werden, daß 800.000 abbruchreife Wohnungen vorhanden seien. Das gesunde Mietrecht müsse die beiden Gesichtspunkte Bodenreform und Soziales Mietrecht umfassen.

Werden die Selbstbetriebe gedeckt?

Abg. Berlin. Die Deckungsvorlagen sind erforderlich, weil die Arbeitslosenversicherung Mehraufwendungen von 174 Millionen, die Kräftensicherung von 150 Millionen, der Kostenbeitrag zur Arznenfürsorge 11 Millionen erfordert und ein Steueranfall von 150 Millionen Mark errechnet wurde. Es ist die Frage berechtigt, ob der Gesamtbetrag von 485 Millionen Mark wirklich der Endbetrag ist und nicht schon lange überholt sein kann. Im Reichstage ist die Verhaftung aufgetreten, daß Dietrich sich vergeblich um die Balancierung des Etats bemüht, denn wenn die Deckungsvorlagen beschließen gäßen, würde sich herausstellen, daß man neue Einnahmemaßnahmen schaffen müsse. Diese Behauptung wird damit begründet, daß schon Moldenbauer die Unterbilanz errechnet hat, die Zahlen also mindestens „wei Monate zurückliegen“. Während dieser Zeit aber haben einmal die Finanzämter weiteren Rückgang der Steuereinnahmen feststellen können, außerdem zeigt sich, daß die angenommene Arbeitslosenzahl nicht zutrifft, sie wurde mit sinkender Tendenz gerechnet, während sie sogar noch gewachsen ist. Besonders bei den Sozialdemokraten ist man der festen Überzeugung, im September werde die Regierung wieder vor neuen Schwierigkeiten stehen. Es ist auffällig, daß immer wieder der September als entscheidender Monat für die Regierung genannt wird. Diese Konzentration auf diese Zeit kann nicht nur ein Zufall sein.

Ministerpension für Moldenbauer.

Abg. Berlin. Die nächste Vollkammer des Reichstags findet am Donnerstag 5 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht auch eine Vorlage über die Ausrichtung einer längeren als der gesetzlichen Ruhegehaltsfähigen Dienstzeit für den Reichsfinanzminister a. D. Dr. Moldenbauer. Ferner hat sich der Reichstag mit einem Antrag des Landes Thüringen auf Erlass einer umfassenden Amnestie für politische Straftaten zu beschäftigen. Unter den sonstigen Vorlagen sind hervorzuheben das Baufreditgesetz für 1930 und eine Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Durchführung ausländischer Bildkreise.

Der Reichstagsausschuß für Kriegsbeschädigtenfragen

beendete am Dienstag die erste Lesung der Novellen zum Reichsversorgungsgesetz und zum Verfahrensrecht. Die Entscheidung über alle kritischen Punkte wurde jedoch zurückgestellt. Die zweite Lesung soll heute Mittwoch beginnen.

Um das Rentnerversorgungsgesetz.

Berlin. Der Deutsche Rentnerverband teilt mit: Tageszeitungen brachten unlängst eine Notiz darüber, daß der Reichsarbeitsminister im Reichstag die Vorlage eines Rentnerversorgungsgesetzes abgelehnt habe. Tatsächlich hat Herr Dr. Stegerwald erklärt, das letzte Wort in dieser Frage sei noch nicht gesprochen. Außerdem hat aber der Haushaltsausschuß einen vom 1. Juli 1930 angenommenen Beschluß gefaßt, worin die Reichsregierung aufgefordert wird, den Entwurf eines solchen Gesetzes vorzulegen. Damit wurde der vom Reichstag am 19. Februar 1929 schon einmal gefaßte Beschluß erneut bekräftigt. Weiterhin ist für die Rentner von Bedeutung, daß gleichzeitig ein Antrag angenommen wurde, welcher fordert, daß die bisher den Fürsorgeverbänden überwiesenen Fürsorgekosten des Reiches (im vorigen Jahr 85 Millionen, im laufenden Jahr 40 Millionen) nunmehr „zu unmittelbaren Beizügen an die Rentner verwendet werden sollen“.

Ein preußisches Sparprogramm

Berlin, 9. Juli. Entsprechend dem vom preußischen Landtag angenommenen Antrag, der verstärkte Sparmaßnahmen fordert, bezieht die preußische Staatsregierung, wie der Demokratische Zeitungsdienst erfährt, ein großes Sparprogramm vor, das im Herbst dem Parlament als Gesetzesentwurf vorgelegt werden soll. Wie verlautet, sieht das Programm u. a. die Aufhebung von rund 100 Amtsgerichten und einigen Landgerichten vor. Außerdem sollen etwa 50 Landräte und 3 Regierungspräsidenten aufgehoben werden.

Einstimmig wurde folgende Entscheidung

angenommen: Die auf dem Reichsmietertag des Reichsbundes Deutscher Mieter verammelten Vertreter erheben scharfsten Protest dagegen, daß Reichsmietern- und Mieterschutzgesetz vom Reichstage nur bis zum 30. Juni 1931 verlängert worden sind. Sie wenden sich mit aller Entschiedenheit gegen die Gesetzesvorlagen der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei auf Beseitigung der Mieterschutzgesetzgebung. Der Reichsmietertag fordert:

1. unbedingte Aufrechterhaltung der Mieterschutzgesetzgebung unter Beseitigung der von den Ländern, insbesondere vom Freistaat Thüringen vorgenommenen Voderung.
 2. Ausdehnung des Mieterschutzes auch auf die Mieter aller Neubauwohnungen und derjenigen Räume, die der Mieterschutzgesetzgebung nicht unterliegen, durch abschließende Einführung eines sozialen Miet- und Wohnrechts.
 3. Umwandlung der vom Reichstag im Dezember 1929 angenommenen „Reichsrichtlinien für das Wohnungsweien“ in für alle Länder und Gemeinden zwingende Bestimmungen.
 4. Umgehende Verabschiedung des Wohnheimstättengesetzes.
 5. Restlose Verwendung der Hauszinssteuer zum Wohnungsbau.
 6. Dauernde Erhaltung des Geldwertverlustgewinns und des unverdienten Verzinsmaßes des Hauszinses.
 7. Ablehnung jeder weiteren Mieterhöhung, insbesondere auch zum Zwecke der Abwälzung erhöhter Zinskosten, Steuern und Gebühren auf die Mieter.
 8. Derabschiebung des Mietzinses in Verbindung mit dem von der Reichsregierung in Aussicht gestellten allgemeinen Preisabbaus.
- Der Reichsmietertag fordert erneut mit aller Dringlichkeit eine ständige Vertretung der Mieterkraft im Reichsministerialrat durch vom Reichsbund Deutscher Mieter zu benennende Vertreter.

Die Postfinanzen befriedigend.

Abg. Berlin. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost trat am Dienstag zu einer Tagung zusammen. Zu Beginn der Sitzung teilte Reichspostminister Dr. Schädel mit, die Young-Anleihe habe sich jetzt rund 80 Millionen gebracht. Die im Juni und Juli begebenen Schatzanweisungen in Höhe von 113 Millionen seien verkauft. Das Postdefizit sei also um 173 Millionen entlastet.

Den Bericht über die Jahresnachweisungen der Deutschen Reichspost erstattete der Braunschweiger Generaldirektor. Das finanzielle Gesamtergebnis könne als befriedigend gelten. Die Mindereinnahmen an Post-, Fernsprech- und Telegrammgebühren seien durch die Konjunktur bedingt. Der Juniverkehr habe eine Mehreinnahme von 3 Millionen Reichsmark gebracht. Das Endergebnis sei ein Gewinn von 222,7 Millionen Reichsmark. Davon erbeilt hat Reich 151,5 Millionen. Dem Vermögen werden 71,2 Millionen zugewiesen.

Reichspostminister Dr. Schädel betonte, die Verwendung der Postdefizitgelder erfolge nach den vom Verwaltungsrat beschlossenen Richtlinien. Auch die Preussische Seehandlung (Staatsbank) werde wieder mit einem größeren Betrag bedacht werden. — Die Jahresnachweisung wurde darauf genehmigt.

Das Verbot staatsfeindlicher Agitation der Postbeamten.

Abg. Berlin. Im Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost berichtete am Dienstag Generaldirektor Boden über den ersten Nachtrag zum Voranschlag 1930. Die Verbesserungswünsche des Personals konnten nicht erfüllt werden. Auf Grund des § 40 des Reichsbeamtengesetzes, der den Wegfall jeder 3. freien Stelle vorschreibt, sind 2054 planmäßige Beamtenstellen fortzufallen. 1683 Stellen seien in solche einer niedrigeren Gruppe umzuwandeln. Die Personalzahl des Personals betrage gegenwärtig 342.993, darunter 243.501 Beamte und 99.492 Angestellte und Arbeiter. Die Gesamtzahl ist um 776 geringer als im Vorjahre. Rund 7000 Wartestandsbeamte sind noch vorhanden.

Abg. Morath (DVP.) billigte die Verfassung des Reichspostministers, nach der radikale politische Bestrebungen bei dem Personal der Reichspost nicht geduldet werden können.

Reichspostminister Dr. Schädel erklärte dazu, die Koalitionsfreiheit der Beamten werde durch diese Verfassung nicht beeinträchtigt. Infolge des Beamtenrechts bestehe ein Treueverhältnis zum Staat, das sich politisch auswirken müsse. Er vertrete nicht, wie ein Beamter, der den Treueid geleistet habe, sich staatsfeindlich betätigen könne. Ein solcher Beamter sollte die Konsequenz aus seiner widersprüchlichen Haltung ziehen. Die Verfassung wende sich lediglich gegen die Agitation und nicht gegen die Zugehörigkeit zu solchen Parteien. Teilnahme an radikalen Versammlungen und Umzügen in Uniform falle unter den Begriff der Agitation, die als schwere Verletzung gegen die Dienstpflicht nicht geduldet werden könne.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichspost.

Im Verwaltungsrat der Reichspost berichtete Generaldirektor Boden über das Arbeitsbeschaffungsprogramm. Die Reichspost sei durch Einsparungen, Anleihen und einen Borggriff auf 1931 in der Lage, jetzt für 200 Millionen RM. Aufträge herauszugeben. Dabei solle ein Preisnachlass von 10 Prozent und die Einstellung neuer Arbeitskräfte bei der Industrie erreicht, aber eine Einmischung in die Frage des Lohnabbaus vermieden werden. Bis zum 1. Oktober kämen noch 100 Millionen aus der Younganleihe und 100 Millionen aus dem noch zu begebenden Schatzanweisungen herein. Von dem Gesamtanleihebedarf von 424 Millionen seien dann 373 Millionen gedeckt, so daß die Reichspost finanziell saniert sei.

Aufhebung des Stahlhelmsverbots bevorstehend?

Berlin. Es sind während der letzten Tage Bemühungen eingeleitet worden, das Verbot des Stahlhelms im Rheinland und Westfalen nach vor der Seite des Herrn Reichspräsidenten an den Rhein zur Aufhebung zu bringen. Die preussische Regierung wird, wie wir erfahren, diesem Wunsche entsprechen, wenn die Bundesführer Siebe und Tucherberg sich bereit finden, dem Herrn Ministerpräsidenten die zu der Aufhebung des Verbotes zu erwartenden Erklärungen abzugeben.

Schober über die Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn

Budapest, 9. Juli.

Bundeskanzler Dr. Schober empfing gestern nachmittag im österreichischen Gesandtschaftsgebäude die Vertreter der In- und Auslandspressen und gab ihnen eine Darlegung der Lage Oesterreichs und der Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn. Er erklärte, daß seine Besprechungen mit den leitenden Persönlichkeiten Ungarns zur vollsten Zufriedenheit verlaufen seien. An gewissen Anlässen besuchte er die künftigen Kombinationen der Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn. Nach der Auflösung der Doppelmonarchie seien die starken geistig-kulturellen Bindungen zwischen den Völkern geblieben, die sich in den letzten Jahren noch mehr gefestigt hätten. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wandte er sich gegen die Behauptung, daß Oesterreich auf außen- und innenpolitischem Gebiet zu passiv sei. Er wies in diesem Zusammenhang auf die finanzielle Sanierung und auf die Modernisierung der österreichischen Bundesverfassung hin. Der Kanzler sprach dann von der vollkommen wirtschaftlichen Befreiung Oesterreichs, die im Haag erzielt werden können. Er kam weiter auf die Krise der Landwirtschaft zu sprechen und die Bemühungen Oesterreichs, durch Handelsverträge über die Schwierigkeiten hinwegzukommen. Ueber seine Ansichten hinsichtlich des Briand-Memorandums befragt, gab der Bundeskanzler die Meinung aus, daß das Briand'sche Projekt, auf das richtige Maß zurückgeführt, für Oesterreich und Ungarn, besonders aber für Mitteleuropa eine bedeutende Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen geeignet sei.

Abgelehnt der „Abklärung“

Flugzeuge mit Geschützen

London, 9. Juli.

Unter der Überschrift „Ein neuer Reklamschrei“ bemerkt der Korrespondent des „Star“ für Flugwesen: „Großbritannien prüft, wie andere Länder, geneigt ist die Frage, ob es möglich ist, Flugzeuge mit Geschützen auszustatten, die Granaten feuern. Bisher hatten die Reklamschreie bekanntlich nur Maschinenabwehr an Bord. Die Veruche werden mit mehrmotorigen Bickers-Nam-Bombenflugzeugen unternommen.“

Sturz der englischen Regierung?

London, 9. Juli.

Die politische Lage erschien gestern Abend als unsicher; man erörtert die Möglichkeit einer Niederlage der Regierung in der heutigen Sitzung des Unterhauses, sobald die Überlegenheit des Abänderungsantrags zur Finanzvorlage einbringen werden, der verlangt, daß die Ausgaben für neue technische Ausstattungen industrieller Unternehmungen von der Einkommensteuer befreit werden. Die Konservativen werden den Antrag sicherlich unterstützen. Wird über ihn abgestimmt, dann wird die Regierung in Gefahr kommen. Wahrscheinlich wird die Regierung heute mitteilen, daß sie die Vorlage über die Kohlenbergwerke zurückzieht, nachdem die Verhandlungen mit dem Oberhaus über dessen Abänderungsanträge gescheitert sind.

Die blutigen Zusammenstöße in Kairo

Sechs Personen getötet

Kairo, 9. Juli.

Wie zu den bereits gemeldeten Unruhen ergänzend berichtet wird, ereigneten sich die Zusammenstöße in Mansura, als der frühere Ministerpräsident zum Besuch der Stadt eingetroffen war. Die Menge schleuderte auf der Straße und von den Balkons an den Kais Steine auf die Polizei und Militär, so daß sich dieses gezwungen sah, nach den üblichen Aufforderungen zum Räumen der Straße das Feuer auf die Menge zu eröffnen. Ein Abordnung wurde durch Bajonettstiche verletzt. Der Oberstaatsanwalt, der während der Unruhen Ermittlungen veranlassen wollte, mußte vor dem Steinhagel der Menge weichen. Der Kampf zog sich lange Zeit hin. Die Menge versuchte u. a. auch, einen Polizeibeamten mit einer eisernen Schlinge aus Eisenblech an einem Fensterrahmen aufzuhängen; aber die Schlinge zerbrach. Drei Polizisten und Soldaten und drei Aufständische wurden getötet, außerdem 21 Polizeibeamte, 13 Soldaten und 12 Aufständische verletzt. Die Behörden sind Herren der Lage. Rahas Pascha ist nach Kairo zurückgefahren. Vor seiner Abreise wurde es ihm verboten, in Mansura auf die Straße zu gehen.

Die neuen französischen Verteidigungsbudgets

Paris. Die offizielle Mitteilung über die für die nationale Verteidigung von der Regierung angeforderten neuen Budgets spricht von 650 Millionen Frank. Ueber die Interpretation der gegebenen Ziffern scheinen jedoch Meinungsverschiedenheiten zu bestehen, denn ein Teil der Presse behauptet, daß außer diesen 650 Millionen noch weitere 476 Millionen, insgesamt also 1126 Millionen, angefordert würden. Bei den 476 Millionen soll es sich um 320 Millionen für das Kriegsministerium handeln — und zwar 230 Millionen für die Artillerie, 75 Millionen für die technischen Truppen, 5 Millionen für die Militär-Intendantur und 10 Millionen für die Militärmagazine — außerdem um 56 Millionen für die Marine und um 100 Millionen für das Luftwesen. Wie der sozialistische „Peuple“ anführt, sieht sich die sozialistische Kammerfraktion durch die Unklarheit über die Höhe der tatsächlich angeforderten Budgets veranlaßt, heute eine Beratung abzuhalten. Sie beabsichtigt, von der Regierung Aufklärung darüber zu fordern.

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland

Berlin. Die Zahl der Hauptunterstützungsbemittelten der Arbeitslosenversicherung betrug, wie amtlich mitgeteilt wurde, am 1. Juli 1 469 000, also um 38 000 weniger als am 15. Juni, und in der Krisenunterstützung 864 000, d. h. um 12 000 mehr als am 15. Mai.

Erwerbslosentransporte in Warschau

Warschau, 9. Juli.

Vor dem Staatlichen Arbeitsvermittlungsamte kam es gestern mittag zu Kundgebungen von Erwerbslosen. Die Demonstranten zogen später auf den Theaterplatz vor das Rathaus. Die Polizei mußte mit der blanken Waffe vorgehen, um die Menge zu zerstreuen. Es entspann sich ein kurzer Kampf, in dessen Verlauf fünf Demonstranten verletzt wurden.

D 864 gesunken

Keine Spur von den fünf Passagieren

Kalmar, 9. Juli.

Das in der Nähe von Bornholm getrennte deutsche Flugboot D 864 ist gesunken. Man vermutet hier, daß die fünf noch vermißten Passagiere in der Kabine geblieben und ertrunken sind.

Berlin, 9. Juli.

Die Deutsche Luftkassette hat gestern den ganzen Tag über mit aller verfügbaren Mitteln nach dem Verbleib der vermißten fünf Flugbootpassagiere geforscht, ohne aber ein Ergebnis erzielt zu haben. Eine deutsche Torpedoboot-Halbflotille hat sich trotz starken Sturms auf die Suche begeben. Das Torpedoboot „T 151“ gab funkentelegraphisch die Meldung, daß es bisher keine Spur von den Insassen gefunden habe. Weiter ist ein Flugboot von Kalmar aufgespürt, aus dem Vogelperspektive Spuren der Vermißten zu finden. Ein Torpedoboot ist mit dem Bezirksleiter der deutschen Luftkassette, Schiller, an Bord, nach Bornholm abgegangen. Auch die schwedische und die dänische Marine haben Fahrzeuge zur Hilfeleistung entsandt. Unter den fünf Vermißten befindet sich der Inhaber eines Handelshauses in Gwelsberg in Westfalen, Brakelsberg, und der Bruder des Redakteurs „Vir“ von der Kölnischen Zeitung sowie der Bordfunkler Tippmann.

Das Schicksal der Passagiere des D 864

Berlin. (Funkpruch.) Wie die Luftkassette mitteilt, hat ihr Flugleiter in Stettin sich mit dem Kapitän des Schiffes Spees in Verbindung gesetzt. Nach Auskunft des Kapitäns Born gelang es dem Schiff vorzueilen an der Unfallstelle und verfuhr, sich an dem Rettungsnetz zu beteiligen. Infolge des starken Seeganges ist es jedoch nicht möglich gewesen, an das Boot heranzukommen. Aufgrund dieses Berichtes muß, wie die Luftkassette erklärt, bedauerlicherweise mit der Tatsache gerechnet werden, daß die Passagiere Birk, Brakelsberg, Burgkötter und Fräulein Krotz, sowie der Funkmaschinenist Tippmann ums Leben gekommen sind.

Auswärtliche Berichte Kapitän Kurings über das Flugzeugunglück bei Bornholm

Berlin. (Funkpruch.) Flugkapitän Kurings, der Führer des vorgestern bei Bornholm verunglückten Wasserflugzeuges der deutschen Luftkassette, hat in der vergangenen Nacht aus Bornholm ein Telegramm an die deutsche Luftkassette geschickt, das folgenden Wortlaut hat:

18 Uhr 20 harte Schlägen in der Maschine, worauf Motor abgeheilt. Verlust des Propellers beobachtet. Motorgetriebe abgedreht und Propeller abgefliegen. Propeller der Radiostation gestört. Motorsegler (Maja) kommt auf Koifsigal und Schleppt ab Richtung Bornholm. Passagiere können wegen Seeganges nicht abgesetzt werden. Schlepptandem geht 2 1/2 Stunden ohne Zwischenfälle. Passagiere haben Schwimmwesten angelegt und sind über Bord gegangen. Haben gute Stimmung. 19 Uhr wird plötzlich starke Windböe Maschine aus dem Wind und taucht mit Steuerbordflügel ein. Auf mein Kommando „Alle Mann über Bord“ verlassen alle Menschen Maschine. Beobachte noch, wie Schlepptandem zum Rettungsmannöver bedreht und springe dann tauchend von Maschine weg. Nachdem ich an Wasseroberfläche aufgetaucht, liegt Maschine Kiel oben. Ich befreie mich vom Mantel und mache Schwimmweste klar. Dame (Fräulein Krotz) schwimmt Meter von mir ruhig im Wasser, ich verhalte sie auf das Flugbootwrack zu ziehen; inzwischen ist Wind auf Stärke 5 angewachsen, der Seegang verhindert es, und sie treibt ab. Motorsegler hat Wrack in geringer Entfernung und wirft Rettungsmannöver aus. Mit mir geretteter Passagier (Erich Sohn) erklettert auch Wrack und versucht, älteren deutschen Herrn (Brakelsberg) an Bord zu ziehen, aber ohne Erfolg. Der Motorsegler legte sich nun in See über, um zunächst die treibenden Personen aufzunehmen. Nach 45 Min. kommt Sealer zum Wrack, zurück, um uns aufzunehmen. Inzwischen ist vom Flugzeug das Rumpfstück abgedreht. 20 Uhr nimmt Motorsegler als letzten mich auf. Durchgekommene Motornacht (Spees) befreit sich am Rettungsmannöver und hat nach Ausfragen des Schoner (Maja) mindestens 2 Personen gerettet. Motorsegler mußte um 21 Uhr Rettungsarbeiten aufgeben, da Schraubendefekt und fährt nach Korb. Motornacht (Spees) bleibt noch an dem Unfallort. Von Motornacht noch keine Nachricht erhalten.

Eine Warnung für Dampfschiffe

Das Flugboot der Luftkassette, das den regelmäßigen Dienst Stettin—Stockholm verkehrt, ein schwedischer Dornier-Wal, mußte Montag nachmittags 20 Kilometer südlich der dänischen Insel Bornholm notlanden, da die Ruderwelle eines Motors abgedreht war. Die Maschine wurde von einem dänischen Motorfischer ins Schlepptau genommen und sollte an Land gebracht werden. Auf dem Transport ist das Flugboot infolge des hohen Seeganges gesunken. Von den Insassen, drei Mann Besatzung und fünf Passagieren, konnten fünf Personen gerettet werden. Die übrigen sind offenbar in der geschlossenen Kabine ertrunken.

Dieser schwere Unfall in unmittelbarer Nähe des Landes und unter den Augen der Besetzer auf dem Boot ist umso bedauerlicher, als er sich zu einem Zeitpunkt ereignete, da das Flugboot und seine Insassen bereits gerettet erschienen. Er ist eine ernste Warnung an die Adresse der zahlreichen Dampfschiffe, die im Flugboot ein unbedingt sicheres Verkehrsmittel sehen wollen, in dem man bereits Ozeanflüge unternommen kann. Man wird in diesem Fall die Frage unteruchen müssen, warum das Besatzungsschiff die Insassen des Flugbootes nicht gleich an Bord nahm, als das Flugboot aufgefunden worden war. Unabhängig davon bleibt aber die Tatsache bestehen, daß die Maschine bei einem Seegang kenterte, der den Augenzeugen als nicht allzu groß eingeschätzt wird. Das bedeutet also, daß die Flugboote in ihrer heutigen Form noch lange nicht seetüchtig sind. Die Luftkassette hat auf ihren Ostsee-Strecken bisher allerdings noch keinen Unfall gehabt. Wenn es zu Flugboot-Unfällen kam, handelte es sich um Verletzungen mit neuen Typen, Seetüchtigkeitsprüfungen und so weiter. Man muß aber bedenken, daß die Seestrecken, die dabei überflogen werden, relativ kurz sind und daß die Flugboote bei Notlandungen doch in den allermeisten Fällen auf hille See treffen und wiederum in den meisten Fällen auf dem dichtbesetzten Meer rasch und sicher Hilfe finden. In Deutschland liegeln wir jedoch seit langem mit dem Gedanken eines Flugboot-Ozeanverkehrs. Dornier-Wal und Hordbach-Boote haben Versuchsflüge nach den Äoren unternommen und die Do. X soll in wenigen Wochen nach Amerika gehen. Auf diesen langen Strecken gibt es kein Verhaken, kein rettendes Schiff und meist sehr hohe See. Der Unfall bei Bornholm beweist, daß die Flugboote

nicht haben, was nicht erwiesen ist. Auch für ein Rettungsflugboot wie die Do. X kann die Situation bedenklich werden, wenn sie nur Notlandung erzwungen ist. Die mahgebenden Stellen sollten sich dieser deutlichen Warnung nicht verschließen.

Strafantrag im Meuhdörfer-Prozess

Berlin. Im Nordprozess Meuhdörfer vor dem Schwurgericht in Bayreuth stellte am Dienstag der Staatsanwalt den Antrag, die beiden Angeklagten Schubert und Popp wegen verübten schweren Raubes zu verurteilen. Wegen Raubstrafes beantragte er zehn Jahre, gegen Popp acht Jahre Zuchthaus.

Am Schluß der Montagverhandlung wurde noch der Sachverhalt von Kommerzienrat Meuhdörfer, Dr. Wilhelm Meuhdörfer, als Zeuge vernommen. Er äußerte sich über das Verbrechen der Familie Meuhdörfer an Frau Schubert, wenn ihr Mann ein Geständnis ablegte. Die Familie habe das Geld erst zur Verkaufnahme gestellt, als Schubert es verlangte. Es wurde dann Kommerzienrat Meuhdörfer selbst vernommen. Er schilderte die Vorgänge in der Todesnacht. Beim Hinanfragen habe er die Karte seiner Frau gebohrt und sie gefesselt vorgefunden. Der Staatsanwalt stellte die Frage, warum er erst am nächsten Morgen einen Arzt geholt und die Polizei benachrichtigt habe, während Frau Meuhdörfer bereits in der Nacht verstorben sei. Kommerzienrat Meuhdörfer erwiderte, er habe in seiner Erregung zunächst an nichts gedacht.

Am Dienstag wurden die Sachverständigen gehört. Es wird eine Erklärung des Sachverständigen Prof. Fischer verlangt, der zu dem Schluß kommt, daß Frau Meuhdörfer infolge Würgens dem Erhängen erlitten habe. Dr. Förstel äußerte sich über den Charakter Schuberts. Schubert sei ein Ubantakt, der aber für seine Tat voll verantwortlich sei.

Urteil im Meuhdörfer-Prozess

Bayreuth, 9. Juli.

Nach einstündiger Beratung stellte das Gericht am Dienstag nachmittags folgendes Urteil: Die beiden Arbeiter Schubert und Popp sind schuldig je eines in Mitternacht ausgeführten Verbruches des Verbrechens eines besonders schweren Raubes. Schubert wird zu 8 Jahren Zuchthaus, Popp zu 4 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. Beide haben die Kosten zu tragen. Wegen der Niedrigkeit der Befinnung, der das Verbrechen entsprang, wird auf 5 Jahre Ehrverlust erkannt und wegen der Gemeingefährlichkeit auf Zulässigkeit der Vollzeitschloß.

Berufungsverhandlung im Stinnes-Prozess

Berlin. Im Stinnes-Prozess stellte am Dienstag Dr. A. Wachs, der Verteidiger von Bela Grosz, Beweisangebote dafür, daß Bela Grosz tätiger Reue gezeigt habe. Dann wird das Protokoll über das Geständnis des Angeklagten v. Waldow verlesen, das er am 10. August vor dem Untersuchungsrichter abgelegt hat. In dem Protokoll ist niedergelegt, wie v. Waldow Stinnes die Vorklage von Notmann empfohlen hat. Es sei von einem 15fachen Gewinn gesprochen worden. Stinnes sei schnell auf das geminnbringende Geschäft eingegangen, offenbar ohne den Inhalt des Geschäftes richtig verstanden zu haben. Stinnes habe die Fälligkeit der Schulden nicht gekannt. v. Waldow hielt seine Aussage aufrecht, daß diese Protokolle nicht richtig seien. Kriminalkommissar Blassow schloßerte als Zeuge eine Unterredung mit v. Waldow. v. Waldow habe Stinnes bewundert, ihn aber moralisch nicht für einwandfrei gehalten. v. Waldow habe u. a. einmal eine Korrespondenz über einen Geschäftsvorgang führen müssen, der nicht stattgefunden habe. Auch andere Angeklagten hätten das tun müssen. Das habe man „Romanischreiben“ genannt. Offenbar habe dies Romanischreiben mit Steuerfragen zusammengehört. Der Angeklagte Stinnes erklärte demgegenüber, bei der Firma Stinnes habe ein solches Romanischreiben nicht stattgefunden. Es kam dann noch zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen der Verteidigung und dem Zeugen Blassow. Dr. A. Wachs gab seiner Verwunderung Ausdruck, daß der Zeuge so hart gegen den ihm unbekannt Stinnes eingestellt gewesen sei. Der Zeuge entgegnete, sein Urteil habe sich auf das, was v. Waldow gesagt habe, Dr. A. Dr. Wachs: Sie sollten sich also ein Urteil über Stinnes von dem verurteilten v. Waldow? Zeuge: Ich glaube in v. Waldow einen Schieber vorzufinden und erziele einen ganz anderen Eindruck. Dr. Wachs: Also wenn der Angeklagte kein Schieber ist, dann muß es des Eheleins? Das ist ja eine eigenartige Beurteilung! Weiterverhandlung Donnerstag.

Dorfbrand bei Mühthausen

Mühthausen (Thüringen). Durch ein im Gemeindefeld ausgekommenes Feuer wurden in dem Dorfe Stenitz innerhalb ganz kurzer Zeit insgesamt drei Wohnhäuser, zehn Stallgebäude und Schuppen vollkommen vernichtet. Große Mengen Futtermittel und Strohvorräte und viele landwirtschaftliche Maschinen verbrannten. Die Dorfbewohner wurden angehts des wütenden Elements, dem die Feuerwehren machtlos gegenüberstanden, von einer Panik ergriffen. Ein Feuerwehrmann erlitt einen Hitzschlag und konnte erst nach langen Bemühungen wieder ins Leben zurückgerufen werden. Die Entstehungsursache des Brandes ist noch unbekannt.

Helligenstadt. In Siemerode ging nachts das Gut des Besitzers J. J. J. in Flammen auf. Sämtliche Gebäude, das Herrenhaus, die Wirtschaftsbauwerke und ein Arbeiterwohnhaus brannten bis auf die Grundmauern nieder. Die Frau des Besitzers erlitt eine Rauchvergiftung und mußte ins Krankenhaus geschafft werden; die Arbeiterfamilien konnten sich nur mit knapper Not aus dem Fenstern des brennenden Hauses retten. Es wird Brandstiftung angenommen, da das Gut an verschiedenen Stellen zugleich

Schwerer Verkehrsunfall in Effen

Effen, 9. Juli.

Gestern früh in Effen-Karnap ein Personentransportwagen beim Überholen mit einem Kleinerwagen zusammen. Der Personentransportwagen kam aus der Fahrtrichtung und durchfuhr eine Trinthal. Ein Straßenbahnkontrollier, der mit einem Straßenbahnarbeiter in der Trinthal stand, wurde getötet. Der Arbeiter erlitt schwere Verletzungen. Der Fahrer des Personentransportwagens wurde durch Gasplücker schwer verletzt. Von den Insassen des Wagens erlitten zwei Personen schwere Verletzungen und wurden dem Krankenhaus zugeführt.

Certliches und Sächliches.

Riesa, den 9. Juli 1930.

Die Auswette der Telegraphenbeamten und -arbeiter. Angefaßt der häufig vorkommenden Fälle, daß Diebe unter dem Vorwand von Reparaturen an Fernspreckleitungen sich Zutritt in Wohnungen verschaffen, kann nur dringend empfohlen werden, von allen nicht bekannten Personen genaue Bestätigung zu verlangen. Die Beauftragten der Diebe sind mit Dienstausweisen versehen, die sie in gegebenen Fällen den Grundbesitz- oder Wohnungsinhabern vorzuweisen haben. Die für Anschlußarbeiten in Betracht kommenden Telegraphenleitungsausschreiber tragen Postuniform und besitzen zur Bestätigung die üblichen Ausweisarten ohne Lichtbild, mit rundem Stempelabdruck der Oberpostdirektion. Die mit der Herstellung und Unterhaltung von Fernspreckleitungen und -anschlüssen beauftragten Beamten und Arbeiter der Telegraphenbauverwaltung führen rote Lichtbildausweise, die mit rundem Stempelabdruck ihres Telegraphenbeamtenverleihen sind. Außerdem tragen die Telegraphenbauarbeiter einfarbig dunkelblaue Uniformmützen mit metallenen Reickschleifern zwischen der Reickschleife und Bandesfarbe.

Die Gefährlichkeit der Insektenstiche. denen man mit Eintritt der wärmeren Jahreszeit wieder ausgefaßt ist, scheint noch immer nicht genügend bekannt zu sein. Die Insekten, die sich auf unsere Haut setzen, nähren sich nicht nur von den Säften lebender, sondern auch toter Tiere. Saugen also gelegentlich sogenannte Leichengifte. Durch die Insektenstiche kann derartige Gift auf den Menschen übertragen werden, das oft den Tod zur Folge hat. Da Gift nun am besten Salzwasser, das man sofort in die Wunde reibt. Es empfiehlt sich daher, auf Spaziergängen stets ein Fläschchen Salzwasser bei sich zu tragen.

Der häufige Genuß von Heidelbeeren bringt den im Sommer so leicht aufsteigenden Darmtraktoren vor und reizt in ausgezeichneter Weise das Blut; aus diesem Grunde ist ihr Genuß auch besonders Leuten mit sitzender Lebensweise anzuraten. Nicht verschmähen möchten wir hierbei, noch auf die Tatsache hinzuweisen, daß im Wasser zerquetschte Beeren einen Saft geben, der sich als Gurgelmittel vordringlich dazu eignet, entzündete Schleimhäute oder einen erst im Entstehen begriffenen Schnupfen zu vertreiben. Allerdings ist man nach Anwendung des Mittels nicht sofort wieder „salonfähig“, sondern wird sich erst nach einer weiteren Reinigung, ausgeführt mit ein wenig Zitronensaft, ausleben müssen.

England will keine deutschen Kirchengenossen. Nach einer Bekanntmachung des Wirtschaftsministeriums hat England ein Einfuhrverbot für Kirchengenossen aus Deutschland erlassen, da in der letzten Zeit starke Verleumdungen mit der Kirchengenossen an den aus Deutschland kommenden Kirchengenossen festgestellt worden seien. Das Einfuhrverbot trat in der Nacht vom 8. zum 9. Juli in Kraft.

Tagungen der evangelischen Jugend. Der Evangelische Reichsverband wöchlicher Jugend veranstaltet seine diesjährige Führertagung vom 16. bis 21. Juli in Augsburg. Die Führertagung trägt das Leitwort: „Ich schäme mich des Evangeliums von Christo nicht“. Aus dem Arbeitsplan der Tagung seien die Referate hervorgehoben: Es werden sprechen Rektor Warter D. Heuser-Neuenbittelau über „Das Bekenntnis im Neuen Testament“, Missionsdirektor D. Anst-Berlin über „Das Evangelium im Kampf unserer Zeit“. An diese Referate schließen sich in den folgenden Arbeitstagen Ausflüge an. Am 20. Juli ist ein allgemeiner evangelischer württembergisch-säberrischer Jugendsonntag in Augsburg vorgesehen. Der Reichsverband der evangelischen Jungmännerbünde Deutschlands veranstaltet im Anschluß an sein diesjähriges Bundesfest vom 7. bis 12. Juli in Detmold die Bundeshauptfreizeit des Reichsverbandes.

Deutscher Kongreß für Desinfektions- und Gesundheitswesen. Im Rahmen der Internationalen Hygiene-Ausstellung fand vom 6. bis 7. Juli in den Räumen des Zoologischen Museums ein Kongreß für das Desinfektions- und Gesundheitswesen statt, der von dem Landesverein staatlich geprüfter Desinfektoren und von der Kammerjägerinnung zu Dresden einberufen worden war. Der Kongreß brachte zahlreiche Vorträge und Führungen. Auf der Haupttagung am Sonntag betonte Geheimrat von Precius als Vertreter der Staatsregierung die große Bedeutung des Berufs der Desinfektoren und Kammerjäger für die öffentliche Hygiene. Namens des Rats zu Dresden begrüßte Stadtrat Müller die Teilnehmer. Ein Sondervortrag von Professor Dr. Sippke befaßte sich mit den Aufgaben und Zielen der Ausbildung und Fortbildung der Desinfektoren und Kammerjäger. Professor Dr. Wilhelm, Direktor an der preussischen Landesanstalt für Wasser-, Boden- und Lufthygiene, befaßte sich mit Organisationsfragen zur bakteriologischen und zoologischen Desinfektion. Stadtobermedizinalrat Dr. Blange sprach über Epidemiologie und Entseuchungsmassnahmen und Dr. Thoman-Bern über die Tätigkeit der Desinfektoren in der Schweiz. Weitere Vorträge hielten Kultus Dr. Michael vom Deutschen Hygiene-Museum und Dr. Kasch-Frankfurt.

Die Leiden. Todesfall. Eine weit über Tadeln hinaus bekannte Persönlichkeit, Direktor Clemens Brunert, starb kürzlich hier im 78. Lebensjahr. Der Verlebte war Vorkandmitglied und kaufmännischer Leiter des Darlebens- und Sparvereins, der Weidengemeinschaft des Landwirtschaftlichen Verleuchrings und der Kartoffelkudensabrik. Außerdem war er Ehrenmitglied des Landwirtschaftlichen Vereins. Mehrere Jahrzehnte hindurch hat der Verlebte an allen landwirtschaftlichen Fragen reges Interesse genommen, indem sein Tod eine empfindliche Lücke in das landwirtschaftliche Organisationswesen von Tadeln und Umgebung gerissen hat.

Mügelin. Vermittelt aus Wiesbaden hat eine 18 Jahre alte Schneiderin aus Schweta, nachdem sie bis 1 Uhr nachts an einem Kanopfergraben teilgenommen hatte, am Morgen darauf im Flugwagen an der Wähe den Tod gefunden und gefunden. Am Ufer fand man einige Sachen der jugendlichen Selbstmörderin, ein Messer, das kein Verbrechen vorliegt.

Rösch. Feuer durch Blitzschlag. Bei dem schweren Gewitter am Sonntagabend schlug der Blitz in den Ortsgasthof. Der Dachstuhl stand innerhalb weniger Minuten in Flammen, die bald auf das ganze Gebäude übergriffen. Die reich verbleibenden Feuerwehren von Riesa, Lebnitz und Großschönau hatten eine schwere Aufgabe. Durch schnelles energisches Eingreifen gelang es, den Schaden der Schwere zu retten. Der Innenbau des Gebäudes blieb unversehrt, wobei abends in der 7. Stunde auch die Feuerwehr nach der Straße zu einrückte. Die Feuerwehren waren bis in die 8. Stunde mit Arbeit beschäftigt. Der Schaden ist sehr erheblich, außer Einrichtungsgegenständen und Kleidungsstücken fielen auch beträchtliche Mengen des Strohens zum Opfer. Der Schaden ist verheerend.

Blitzdruff. Mit dem Motorrad in ein Wälder gefahren. Am Sonntag früh ist auf der Reichenhainstraße in der am Wege zwischen Udenhof und Riesaerhof gelegenen Kurve der Blizdruff Motorradfahrer. Einmal in voller Fahrt auf das ihm entgegenkommende Wäldergericht des Wälderbergers Böhm-Wälder aufge-

Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Großenhain

am Montag, den 7. Juli 1930, vormittags 10 Uhr.

In Beginn der Sitzung widmete Herr Amtshauptmann Hellisch dem kürzlich verstorbenen Sanitätsrat Herrn Dr. med. Batsch einen warmherzigen Nachruf, in dem er die jahrzehntelange liebevolle und opferbereite Arbeit des Heimgesessenen als Bezirksphysiotherapeut und im über das Grab hinaus für alles dankte (die Ausschussmitglieder hörten die Worte zum Teil ehrenden Gedankens lebend an). Der Bezirksverband ließ an dem Sarge des Verlebten einen Kranz niederlegen und hat auch durch den Herrn Amtshauptmann der Witwe das Beileid schriftlich ausdrücken lassen. Bei Aufnahme der Verhandlungen stellte Herr Amtshauptmann Hellisch der Versammlung den Vertreter des erkrankten Amtmanns Knott, Herrn Regierungs-Ratmann Goldbach vor.

Unter 1. Mitteilungen wies Herr Amtshauptmann Hellisch auf zwei Artikel in der Zeitschrift für Selbstverwaltung (über: Kraftwagen, Reichsbahn, Wirtschaft und Wegeunterhaltung) hin und empfahl deren Studium; weiter brachte er ausführliche Einzelheiten aus der Verordnung über die Grundfälle zur Prüfung des Bedürfnisses zur Errichtung von Schanckstätten zum Vortrag, die eine erheblich strengere Beurteilung bei der Bedürfnisprüfung für Errichtungen bringt. Da diese Verordnung u. a. vorsieht, daß bei Bestimmung von Schanckstätten die Übertragung einer Konzession verweigert werden kann, falls kein Bedürfnis gegeben ist, empfahl Herr Baron von Kochow, in der Besse hierauf hinzuweisen, um Schanckstätten der Käufer von Grundstücken zu erhalten. Der Herr Amtshauptmann sagte das zu.

Punkt 2: Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in Seußlitz. Hierüber referierte Herr Amtshauptmann Hellisch, der auf vielen unzulässigen Verkehrsverhältnisse in Seußlitz hinwies. Das machte sich bei dem starken Verkehr am letzten Himmelfahrtstage wieder besonders bemerkbar. Es war seitens der Begebau-Kommission und des Bezirksausschusses beschlossen worden, der Wandel zu schaffen und verschiedene Herren des Bezirksausschusses haben mit Herrn Amtshauptmann Hellisch die Dinge an Ort und Stelle besichtigt. In einem gemeinsamen Termin mit der Straßen- und Wasserbau-Inspektion Reichen und der Gemeindevorstellung von Seußlitz sind die zu ergreifenden Maßnahmen festgelegt worden, welche eine teilweise Verbreiterung der Dorfstraße betreffen. Die Gemeinde Seußlitz hat um Übernahme der Kosten für die Vermessungsarbeiten in Höhe von 800 Mark ersucht. Nach Aussprache über diesen Punkt wird auf Antrag des Herrn Baron von Kochow beschlossen, die Hälfte der Vermessungskosten auf den Bezirksverband zu übernehmen, während die Gemeinde Seußlitz kostenlos die Mitarbeiter zu stellen hat. Der bewilligte Betrag ist aus Kapitel 8 Hiffer 2 zu entnehmen.

Punkt 3: Aufhebung der Sperrung des Weges Wälderwald-Tiergarten Moritzburg für den Personalverkehr. Auftragsgemäß hat sich der Herr Amtshauptmann mit der Amtshauptmannschaft Dresden wegen dieser Angelegenheit in Verbindung gesetzt und teilt mit, daß sich der Ortsvorsteher von Moritzburg gegen die Aufhebung ausgesprochen hat, die Amtshauptmannschaft Dresden hat sich gegen die Aufhebung ausgesprochen. Auch Wälderwald ist gegen die Aufhebung des Weges für den Autoverkehr. Es wird beschlossen, die Aufhebung der Sperrung weitersubretieren.

Angenommen wurde unter Punkt 4 der Entwurf eines Wälderwaldgesetzes über die Errichtung der Reizekosten an Tierärzte in Schlacht- und Fleischbeschau-Angelegenheiten, das eine Umlegung der betreffenden Gebühren (außer für Pferde und gewerbliche Schlachtungen) durch die Gemeinden auf die Viehhalter vorsieht.

ren. Der Anprall war so stark, daß das Pferd in den Straßenraben geschleudert wurde. Der Motorradfahrer stürzte vom Sattel, durchbrach den Sattelbaum des Wagens und kam unter diesen zu liegen. Er erlitt einen Schlüsselbein- und mehrere Rippenbrüche und mußte zugleich mit dem auf dem Sozius sitzenden Mädchen, das kurzblühende Fleischwunden bei dem Sturz erlitten hatte, ins Krankenhaus geschafft werden.

Blizdruff. Unbegabtes Gerücht. In den Morgenstunden des 30. Juni war in Steinbach bei Blizdruff ein 77 Jahre alter Bergbauarbeiter in verletztem und hilflosem Zustande am Ufer des Schöner-Baches aufgefunden worden. Über die Herkunft seiner Verletzungen hatte er unklare Angaben gemacht, nur hatte er behauptet, daß ihm seine Uhr und seine Geldbörse gestohlen worden seien. Der Verlebte ist dann am 4. Juli an Lungenerkrankung gestorben. Sein Tod hatte Anlaß zu dem Gerücht gegeben, daß auf ihn ein Hausüberfall verübt und er von der Schöner-Bachbrücke herabgestürzt worden sei. Die in der Blizdruffer Gegend verbreitete Gerücht veranlaßte die Nordkommission des Kriminalamtes Dresden zur Aufnahme von Vernehmungen. Es wurde festgestellt, daß der Verlebte in der Nacht zum 30. Juni in angetrunkenem Zustande auf der Brücke ausgerückt, dabei das Gleichgewicht verloren habe und über das Geländer gestürzt war. Da er in der dortigen Gegend als Kränker bekannt war, hatte man den Verlebten, insbesondere auf seinen eigenen Wunsch, bis in die Vormittagsstunden am Bachufer liegen lassen. In dieser Zeit fand ihn von einem Unbekannten die Uhr und Geldbörse gestohlen worden.

Dresden. Eine Schülerin ertrank. Gestern abend kurz nach 7 Uhr wurde im Central-Bad auf der Wittenberger Straße eine sechsjährige Schülerin von Krämpfen befallen und ging unter. Das Mädchen ertrank, ehe Hilfe zur Stelle war.

Dresden. Am Dienstagsvormittag vergiftete sich ein auf der Kleinen Wälderstraße wohnhafte Witwe mit Bleisäure. Die Selbstmordversuche waren erfolglos. Der Grund zur Tat dürfte in unheilbarer Krankheit zu suchen sein.

Wälderwald. Unregelmäßigkeiten bei nächtlichen Rufen in Wälderwald. Die Stadtvorordneten nahmen Montag abend den Bericht über eine vor kurzem unermittelt vorgenommene Revision der nächtlichen Rufen entgegen. Es waren namentl. bei der Wohnungsbau- und bei der Holzwerke sehr bedenkliche und unangenehme Zustände festgestellt worden. Ferner ist die Zimmerer trotz mehrfacher Mahnung durch die Stadtvorordneten noch mit der Reinigung der Wälderwald seit 1925 im Rückstand. Stadtvorordneter Dr. Sattler klagte die Anwesenheit, die verpflichtet waren, rechtzeitig und sofort einzurücken, insbesondere die Revision der Wohnung 1924 25, ferner die damalige Wälderwaldwerke, die Kreisbauhauverwaltung, die trotz seiner Verleumdung nicht durchgereicht habe. Einkünfte wurde beschlagnahmt, den Bericht der Wälderwaldwerke zur Weitergabe an die Staatsanwaltschaft zu überweisen.

Wälderwald. Justizhaus für eine gefällige Unteroffizier. Das Wälderwald-Gericht verurteilte den Landwirt Ulrich Horke aus Großschönau zu 1 Jahr Justizhaus und zwei Jahren Ehrverleumdung und den Arbeiter Hermann Paul

Rennitz nahm man von der Rotberdigung über Venderung der Wohlfahrts-Verwaltungspflege vom 3. Juni 1930. Hierüber referierte Herr Regierungsrat Glaser, und Herr Amtshauptmann Hellisch lasse dessen Ausführungen dahin zusammen, daß hinsichtlich gewisse Unterhaltungsarbeiten paulikal nach Erfahrungsgrundsätzen begünstigt werden sollen, nicht mehr wie bisher jeder einzelne Fall.

Abgelehnt wurde das Gesuch des Verwaltungsausschusses der Sächs. Blindenerholung e. V. in Dresden um Gewährung einer Unterstützung, weil der Verband der Bezirksverbände solche Beiträge ausschließt, und das Gesuch der Landwirtschaftlichen Schule mit Mädchenabteilung in Riesa wegen Unterstützung (aus grundsätzlichen Erwägungen).

Genehmigung fand die Aufnahme von zwei Darlehen zu je 4000 M. durch den Bezirksverband beim Arbeits- und Wohlfahrtsministerium als besondere staatliche Darlehen für zwei in der Familie in Leutewitz (König und Völkner) ferner die Abrechnungen vom Grundbuch Blatt 2 des Grundbuchs für Meißdorf gemäß Vortrag aus den Akten.

Unter Punkt 9 trug Herr Amtshauptmann Hellisch den Bericht des Sächsischen Sparfassenverbandes über die vom 13. bis 17. Mai 1930 vorgenommene Prüfung der Kassen des Bezirksverbandes vor, wonach Beanstandungen nicht zu erheben gewesen sind. Die von den Revisionsbeamten empfohlene Anschaffung einer Schreibenden Rechenmaschine soll vorläufig noch zurückgestellt werden. Herr Stadtrat Horke hat bei diesem Punkte um näheren Ausschluß über die Dachaufgabe für die zurückliegende Zeit. Seitens des Herrn Amtshauptmanns wurde Bericht in einer nächsten nichtöffentlichen Sitzung zugelegt. Die Unterfassung der Landesbau-Spartasse durch den Bezirksverband ist eine längere Aussprache hervor, nachdem Herr Regierungsrat Härtel Einzelheiten aus der bezüglichen Sitzung zum Vortrag gebracht hatte. Es geht hierbei hauptsächlich um den Beitrag zur Landesbau-Spartasse für die Gemeinden, welche keine Spartasse haben oder keinem Sparfassenverband angehören und Mitglied bei der Landesbau-Spartasse werden wollen. Der Beitrag ist auf 0,50 M. für den Einwohner festgesetzt. Herr Erster Bürgermeister Horke setzte sehr warm für die Landesbau-Spartasse ein, es sei eine äußerst nützliche Sache, die alle Förderung verdiene. Auch die Stadt Großenhain sei vorbehaltlich der Genehmigung durch die Stadtvorordneten der Landesbau-Spartasse beizutreten. Herr Amtshauptmann Hellisch war für eine abwartende Stellungnahme. Herr Bürgermeister Wälderwald empfahl Beitritt, nachdem bereits der größte Teil der Einwohner Sachsens durch die Sparfassenverbände angegeschlossen sei. Herr Dr. Trost hielt es für bedenklich, die Gemeinden bezüglich des Beitritts irgendwie zu beeinflussen. Auf Antrag des Herrn Stadtrat Horke wurde die Angelegenheit schließlich vertagt.

Punkt 11: Biersteuerfrage. Die beschlossene Sitzung betr. Erhöhung der Biersteuer ist aufständigen Ortes genehmigt worden und zwar mit Wirkung ab 1. Juli 1930. Hierzu lag ein Einspruch der Gastwirte vor wegen Einziehung von Billeter Bier unter den höchsten Satz für Stark- und Auslandsbier. Weiter sei die Versteuerung des sogenannten „Jungbier“ fraglich. Herr von Kochow hielt es aus technischen Gründen für schwierig, die Versteuerung des Braubieres durchzuführen. Schließlich kam ein Beschluß dahingehend zustande, daß das Braubier nur dann nach dem Satz für einfaches Bier zu versteuern ist, wenn es einen Stammwürzegehalt von mehr als 3 Prozent hat.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Höhne aus Taubenheim zu 2 Jahren Justizhaus und 5 Jahren Ehrverleumdung. Höhne hatte im Jahre 1928 von dem Wälderwald in Königsheim den Wälder zum Hochstein gepachtet. Bald nach dem Tode Höhners klagte Höhne gegen die Witwe Höhner auf Erfüllung eines angeblichen Nachtrags zum Pachttvertrag. Die Höhne behauptete, sollte Höhner diesen Nachtrag gelegentlich eines Besuchs in einem Wälderwald-Gasthaus unterzeichnet haben. Höhne hatte damals, um seine Behauptung glaubhaft zu machen, den Landwirt Horke zu der Auslage angeführt, er Horke wäre seinerzeit bei der Unterzeichnung des Nachtrags durch Höhner in dem Wälderwald-Gasthaus anwesend gewesen. In Wirklichkeit hatte Höhne, um eine Herabsetzung der Pachtsumme zu erreichen, die Unterschrift Höhners gefälscht.

Darckenerdorf. Ein neues Volkshaus. In einer außerordentlichen Hauptversammlung hat der hiesige Turnverein Dk. beschlossen, ein Volkshaus zu errichten.

Neulissa-Spremberg. Ein ungetreuer Bürgermeister vor Gericht. Das gemeinsame Schöffengericht Wälderwald verurteilte am Montag nach dreitägiger Verhandlung den Bürgermeister Richter in Neulissa-Spremberg wegen Untreue in sechs Fällen zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe. Außerdem wurde Richter die Befähigung zur Befeldung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 3 Jahren aberkannt. Richter soll dadurch das Vermögen der Stadt geschädigt haben, daß er sich widerrechtlich Reizekosten hatte auszahlen lassen. Ferner soll er sich einen Betrag aus der Vorkasse, sowie einen der Stadt gehörigen Schrank angeeignet haben. Mitangeklagt war der Strolachinspektor Handke, den Richter offensichtlich zu fälschbaren Handlungen veranlaßt haben soll. So soll Handke eigenmächtig Kredite bewilligt, Gelder der ihm unterstellten Kasse unterschlagen und eine Privaturskunde gefälscht haben. Handke wurde wegen Untreue in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung und Unterschlagung zu 6 Monaten und 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

Borna. Borna ohne Haushaltplan. Die Verhandlungen des Einigungsausschusses über die gegenläufigen Beschlüsse zum Haushaltplan für 1930 sind ergebnislos verlaufen. Auch ein Vermittlungsvorschlag des Vorsitzenden verriet der Ablehnung, den Haushaltplan anzunehmen, zugleich aber eine gemeinsame Erklärung des Stadtrats und der Stadtvorordneten abzugeben, daß Reich und Land zur Vermeidung einer Finanzkatastrophe ungeduldi eingreifen müßten. Nunmehr wird sich die Gemeindevorstellung mit der Aufstellung eines Haushaltplans für die Stadt Borna zu beschäftigen haben.

Leipzig. Geheimrat Volkmann tritt zurück. Bis 1928 Geheimrat Dr. Ludwig Volkmann auf drei Jahre zum ersten Vorkerber des Deutschen Buchgewerkevereins wiedergewählt wurde, welches Amt er seit etwa 80 Jahren bekleidet hat, bezieht er sich vor, von der Leitung des Buchgewerkevereins zurückzutreten, wenn der von ihm als notwendig erkannte buchgewerbliche Museumsbau nicht verwirklicht werden sollte, der die Aufgäbe haben sollte, die kulturhistorischen Werte und besonders die Sammlungen der Jahre 1914, das Deutsche Museum für Buch und Schrift, sowie die technischen Verlehmungen des Deutschen Buchgewerkevereins auszuwerten. Da nun der Buchgewerkeverein den Museumsbau, und zwar, wie es heißt, aus finan-

kleinen Gründen, abgelehnt hat, hat Geheimrat Völkner sein Amt als Erster Vorkämpfer des Vereins niedergelegt. Wer sein Nachfolger werden wird, steht noch nicht fest.

Leipzig. Der „Naturheilkundige“ Friedrich Herber hatte an einem jungen Mädchen eine Abtreibung vorgenommen. Vorher hatte er das junge Mädchen mehrere Tage hintereinander zahlreichen „Möntgenbestrahlungen“ unterworfen, und zwar gegen ein Entgelt von 300 Mark. Da nach den gerichtlichen Feststellungen der Möntgen-Apparat überhaupt nicht funktioniert, wurde Herber in der 1. und 2. Instanz nicht nur wegen Abtreibung, sondern auch wegen Betruges zu einer Gesamtfürsorge von 9 Monaten 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Die Revision des Angeklagten wurde, entsprechend dem Antrage des Rechtsanwaltes, vom Reichsgericht verworfen.

Leipzig. Das Drama auf der Straße. Ein aufsehenerregender Vorfall ereignete sich gestern in Leipzig-Lindenau in der Demmeringstraße. Dort hatte ein Arbeiter unerwartet seine von ihm gekennnte lebende Frau getroffen, wobei es sogleich zu einer scharfen Auseinandersetzung kam, in deren Verlauf die Frau von dem Mann mit Totschlag bedroht wurde. Der Frau gelang es, in ein Haus zu flüchten. Zu ihrem Schutz mußte die Polizei herbeigeeilt werden. Beim Eintreffen der Polizeibeamten warf sich der Mann vor einen herankommenden Kraftwagen, erlitt jedoch nur leichte Kopfwunden. Nachdem ihm im Krankenhaus ein Verband angelegt worden war, wurde der Arbeiter in Schutzhaft genommen und später wieder entlassen.

Chebnitz. Der Haushaltsplan von der Gemeindefammar genehmigt. In der Monatsversammlung des Stadtverordnetenkollegiums wurde eine in letzter Stunde eingelegene Entscheidung der Gemeindefammar bekanntgegeben, nach der der Haushaltsplan der Stadt Chebnitz in der vom Rat in der Sitzung vom 31. März getroffenen Fassung genehmigt wird. Die Gemeindefammar hat den für die „Notenliste“ eingelegten Betrag von 3000 Mark gestrichen und sich in einigen belanglosen Punkten für unzuständig erklärt. Nach den Ferien werden sich nunmehr die Stadtverordneten mit dem Haushaltsplan 1930/31 erneut zu beschäftigen haben.

Die Katastrophe des Wasserflugzeuges D 864.

Der Segler Eves in Stralsund eingetroffen. Stralsund. (Funkpruch.) Der holländische Segler Eves, nach dem seit dem Unfall der D 864 überall gesucht wurde, ist heute hier eingelaufen. Der Kapitän berichtet, daß er am Montag bei schwerem Sturm 7 Meilen von Bornholm den schwergeladenen Schwimmer des Flugbootes, an dem sich eine völlig erschöpfte Frau anklammerte, gesehen habe. Ein zu Wasser lassen des Rettungsbootes war unmöglich. Deshalb verlor die Besatzung, die Frau durch einen Unfall an der Schwimmweste zu lassen, die Rettung. Der Gürtel der Schwimmweste riß jedoch, die Frau verlor die Weste und konnte nicht mehr gerettet werden.

50. Verbandstag des Deutschen Fleischerverbandes.

Berlin. (Funkpruch.) Der 50. Verbandstag des Deutschen Fleischerverbandes, zu dem 3500 Delegierte nach der Reichshauptstadt gekommen sind, nahm heute früh seinen Anfang. Unter den Ehrenvätern bemerkte man u. a. den Reichsernährungsminister Dr. Schiele. Nach der Eröffnung durch den Verbandsvorsitzenden Lamerz sprach Minister Dr. Schiele. Er dankte für das Solidaritätsbekenntnis des Fleischererwerbes zu der Landwirtschaft und stellte Maßnahmen zur Lösung des Fettproblems und der Agrarfragen in Aussicht. Um den Fettüberfluß in Deutschland verwerten zu können, würden, ähnlich wie der Weizenvermahlungszwang, auch auf diesem Gebiete gesetzliche Maßnahmen in Betracht kommen. Außerdem würden in Berlin und im Reich Fettmehlwerke geschaffen werden, um der Einfuhr ausländischer Fette entgegenzutreten zu können. Das Agrarprogramm sei von solch entscheidender Bedeutung, daß die Regierung nicht vor außerordentlichen Mitteln zurückzusehen werde, um so die Wirtschaftskrise zu lösen.

Weitere Separatisten-Verfolgungen in Trier.

Trier. (Funkpruch.) In Ansammlungen vor den Wohnungen angeblicher früherer Separatisten ist es auch in der letzten Nacht hier gekommen. In verschiedenen Straßen vertrieben die Demonstranten Wohnhäuser und Geschäfte anzugreifen. Bei Anbruch der Dämmerung erschienen die Polizei mit Karabinern an mehreren Stellen der Stadt und zerstörte die Ansammlungen, an denen sich insgesamt etwa 100 Personen beteiligt haben dürften. Die Straßentrennungen wurden mit starken Patrouillen besetzt. Niemand durfte stehen bleiben. Die Straße, in der sich die Polizeihauptwache befindet, wurde für jeglichen Verkehr gesperrt. Vor der Wache hielten mehrere Ueberfallkommandos, die mit Tränengasbomben ausgerüstet waren. Um 10 Uhr mußte die Polizei, da die Ansammlungen an verschiedenen Punkten zu dicht geworden waren, die Ueberfallkommandos ausrücken lassen, denen es gelang, die Demonstranten zurückzudrängen. Später mußten die Polizeikommandos die Straßen säubern. Einzelne Straßen wurden für eine Zeit für jeden Verkehr gesperrt. Trotzdem konnte die Polizei nicht verhindern, daß in einem Bigarrengeschäft und zwei anderen Häusern Fenstersteine eingeworfen wurden. Zwei junge Leute, die sich den Anordnungen der Polizei widersetzen, wurden verhaftet. Gegen 2 Uhr herrschte Ruhe. Während die Polizei in der inneren Stadt für Ordnung sorgte, wurde auf die am Fuß des Marienberges liegende Villa eines Bigarrenhändlers, der sich zur Zeit nicht in Trier befindet, ein Ueberfall verübt. Die Lichtleitungen wurden durchschnitten und Fenster und Türen ausgehängt und zertrümmert. Das gleiche geschah mit den Möbeln in der Wohnung. Als die Polizei erschien, waren die Täter verschwunden.

Berhöhter Patrouillendienst in Trier.

Trier. Der Dienstag verlief, abgesehen von einigen Zusammenrottungen, ruhig. Gegen Abend war angesehen ein Sturm auf ein großes Lebensmittelgeschäft, eine Druckerei und die Löwe-Druckerei vorgefallen. Die Polizeiverwaltung war darauf beim preussischen Innenminister wegen Verstärkung des Sicherheitsdienstes vorstellig geworden. Die Beamten wurden mit Karabinern ausgerüstet und zu verstärktem Patrouillendienst in der Stadt eingesetzt. Ueberfallkommandos durchführten in Lastwagen die Straßen. Ein Lastwagen mit Tränengas und Handgranaten stand für alle Fälle in der Polizeihauptwache bereit. Abgesehen von einigen Zwischenfällen von ganz geringem Ausmaß verlief jedoch die Stunden bis Mitternacht ruhig. Während es in der Innenstadt nach Mitternacht ruhig blieb, drangen gegen 1 Uhr morgens junge Leute in die Sommerwohnung eines Bigarrenhändlers, die zur Zeit unbewohnt ist, ein, singen lärmliche Lieder aus, schlugen die Fenstersteine ein und schritten die Lichtleitungen durch. Auch hier waren die Täter, als das Ueberfallkommando ankam, in den nahe gelegenen Wald verschwunden. Ausgrund dieser Vorgänge wurde der Patrouillendienst auch in den Außenbezirken der Stadt verstärkt.

„Graf Zeppelin“ zur Nordlandfahrt gestartet.

Friedrichshafen, 9. Juli. (Teleunion.) „Graf Zeppelin“ ist heute Mittwoch früh 9.30 Uhr trotz sehr harter Windwinde zur Nordlandfahrt unter Führung Dr. Scharner gestartet. Die uneläbrige Fahrtroute ist folgende: Ueber Hamburg, Bremen, Nordkap bis Spitzbergen, dann zurück über Finnland, an der schwedischen Küste entlang, über Dänemark zurück nach Friedrichshafen. Das Luftschiff wird am Freitag abend oder am Sonnabend früh in Friedrichshafen zurück erwartet.

Hamburg. (Funkpruch.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ befand sich nach einer Meldung der Hamburg-Amerika-Linie heute früh um 8.40 Uhr 40 Kilometer nördlich von Amsterdam, um 9.35 Uhr 20 Kilometer nordwestlich von der Tarfshellingbank.

Aus dem Reichstag.

Berlin. (Funkpruch.) Der Geschäftsdienstausschuß des Reichstages genehmigte heute Mittwoch die Strafverfolgung des Abgeordneten Pappe (SPD) wegen Beleidigung, und zwar mit der Maßgabe, daß das Verfahren erst nach Beginn der Sommerpause des Reichstages zur Durchführung kommt.

Berlin. (Funkpruch.) Im Bildungsausschuß des Reichstages wurde heute Mittwoch die allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf zur Änderung des Wertspielgesetzes abgeschlossen. In der Abstimmung fand § 1 der Regierungsvorlage unverändert Annahme. Nach diesem § dürfen Filme öffentlich nur vorgeführt werden, wenn sie von den amtlichen Prüfstellen zugelassen sind. Vorführungen werden der öffentlichen Vorführung gleichgestellt. Verbotene Bildstreifen können zur Verbreitung im Ausland zugelassen werden, wenn da eine Gefährdung des deutschen Ansehens nicht besteht. — Nächste Sitzung Freitag.

Der Haushaltsauschuß des Reichstages.

Beschäftigte sich zunächst mit einem Antrag des Abgeordneten Dr. Breitscheid (SPD) über Kürzung der Verforgungsbeträge beim Privatverdienst. Hierzu erklärte Finanzminister Dietrich: Die in dem soeben dem Antrag behandelten Fragen der Höchstpensionen haben schon wiederholt und bei den verschiedensten Gelegenheiten diesen hohen Ausschuß beschäftigt. Zuletzt ist im Herbst vorigen Jahres die Erklärung abgegeben worden, daß die Fragen gelegentlich der Neubearbeitung des Reichsbeamtengesetzes geregelt werden sollten. Diese Erklärung ist wiederholt worden durch den Entwurf eines Ausgabenentwurfes, indem eine Reihe pensionsrechtlicher Bestimmungen, darunter auch die Frage der Kürzung der Pensionen bei Doppelverdienern, geregelt werden soll. Es ist nicht möglich gewesen, das Ausgabenentwurfes jetzt noch dem Reichstag vorzulegen. Dies wird im Herbst geschehen. Die Beratung des Antrages wird daher zweifellos bis zur Beratung des Ausgabenentwurfes im Herbst dieses Jahres zurückgestellt sein.

Rechtsauschuß des Reichstages.

Keine Erhöhung der Mieten durch Erhöhung der Verzinsung der Aufwertungs-Hypotheken. Berlin. (Funkpruch.) Der Rechtsauschuß des Reichstages nahm heute Mittwoch den Gesetzentwurf über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungs-Hypotheken mit einigen Änderungen an. Angenommen wurde dazu eine Entscheidung, wonach eine Erhöhung der gesetzlichen Miete wegen der Erhöhung des Hypotheken-Zinsfußes nicht erfolgen soll, vielmehr soll die Erhöhung des gesetzlichen Zinsfußes durch eine entsprechende Senkung der Hauszinssteuer ausgeglichen werden.

Konflikt wegen des Milchgesetzes.

Berlin. (Funkpruch.) Im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages fand heute am Mittwoch bei der 2. Beratung des Milchgesetzes der neueingefasste § 3a zur Entscheidung, der die Abgabefähigkeit des Zusammenflusses der Erzeugerbetriebe und der Milch verarbeitenden Betriebe zur Regelung der Verwertung und des Absatzes vorschlägt. Die bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Demokraten hatten eine Neufassung dieses Paragraphen beantragt, nach welcher u. a. der Konsumentenrat in den Ausführungsbestimmungen genauer geregelt werden sollte. Damit erklärten sich die Vertreter der SPD, KPD, und Demokraten nicht zufrieden. Da auch einer der beiden Vertreter der Deutschen Volkspartei sich der Stimme enthielt und einer der Zentrumvertreter mit den Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten gegen den Antrag stimmte, so blieben die Regierung und die ihr nahestehenden Parteien mit 14 gegen 13 Stimmen in der Minderheit. Im Plenum des Reichstages sind allerdings die Mehrheitsverhältnisse anders, als im volkswirtschaftlichen Ausschuß. Die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien erwarten deshalb, daß ihre Vorschläge im Plenum doch noch eine Mehrheit finden werden.

Letzte Suntpbruch-Meldungen und Telegramme vom 9. Juli 1930.

Nationalsozialistische und kommunistische Kommunalbeamte werden nicht mehr beschäftigt. Berlin. (Funkpruch.) Nachdem das preussische Staatsministerium allen Staatsbeamten die Mitgliedschaft der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter- und kommunistischen Partei verboten hat, ist laut Volk. Ztg. vom preussischen Minister des Innern auch die am 31. Januar ergangene Anweisung über die Nichtbeschäftigung von Kommunalbeamten, die diesen Parteien angehören, erweitert worden. In dem neueren Erlass wird bestimmt, daß Angehörigen der KPD, und der NSDAP, die Beschäftigung ausnahmslos zu verweigern ist.

Polizeiliche Hilfe für Trier. Berlin. (Funkpruch.) Das preussische Ministerium des Innern hat, wie wir erfahren, der Stadt Trier, die bei der preussischen Staatsregierung polizeiliche Hilfe angefordert hatte, jede Unterstützung ausgesetzt. Unterstützungsausschüssen der Polizei sind bereits nach Trier, Koblenz und Wiesbaden abgesprochen.

Selbstmord eines 12-Jährigen. Berlin. (Funkpruch.) In Mendeburg hat nach einer Meldung des Berl. Tagbl. ein 12-jähriger Junge Selbstmord verübt. Der Knabe hatte in letzter Zeit häufige Einnahme von Drogen unternommen und war seit Montag abend nicht mehr zu Hause erschienen, nachdem er bei einem neuen Pflanzgarten erwischt worden war und die Strafe der Eltern fürchtete. Gestern hat er sich mit einem alten Trommelreißer im Garten seiner Eltern erschossen, ohne sie noch einmal gesehen zu haben.

Kommunistenverhaftungen in Spanien. Bilbao. Im Anschluß an die letzten Arbeitskämpfe in der Provinz Vizcaya sind 60 Kommunisten verhaftet und dem Generaldirektor der Sicherheitspolizei übergeben worden.

Kommunistenverhaftungen in Spanien. Bilbao. (Funkpruch.) Im Anschluß an die letzten Arbeitskämpfe in der Provinz Vizcaya, sind 60 Kommunisten verhaftet und dem Generaldirektor der Sicherheitspolizei übergeben worden.

Ein Berliner Ehepaar in Misdroy ertrunken. Misdroy. (Funkpruch.) Am Badestrand von Misdroy wurde heute mittag ein Berliner Ehepaar Dr. jur. H. Mächlin aus Berlin-Wilmersdorf und seine Gattin bei hohem Wellengang von einer Woge umgerissen und ertrank. Obwohl Schiffer sofort an die Unfallstelle fuhrten und die beiden aus dem Wasser sahen, war der Tod bereits eingetreten. Das fünfjährige Söhnchen der beiden fand am Strande und hat das Unglück mit angeleben.

Verhaftung des französischen Flanzenes auf hoher See. Die Insassen gerettet. Dakar. (Senegal.) Der französische Flieger Jean Mermoz, der, wie gemeldet, von Natal an der brasilianischen Küste zu einem Transoceanflug nach St. Louis in Senegal gestartet war, wurde durch eine Verhinderung des Ostrobes gewonnen, auf hoher See niedergelassen. Mermoz und seine Begleiter wurden gerettet.

Mermoz passiert die St. Pauls-Felsen. Rio de Janeiro. Der französische Flieger Jean Mermoz hat auf seinem Flug von Natal (brasilianische Ostküste) nach St. Louis (Senegal) um 2.45 Uhr früh die St. Pauls-Felsen passiert. Die St. Pauls-Felsen liegen 1/2 Grad nördlich des Äquators.

Bootsunglück auf dem Michigan-See. New York. (Funkpruch.) Gelegentlich einer Geburtsfeier in Greenbay (Wisconsin), die von einer Gesellschaft von 12 Personen, darunter auch Kinder, veranstaltet wurde, machten verschiedene Teilnehmer mit einem Motorboot einen Ausflug auf den Michigan-See. Das Boot kenterte und sank. Vier Personen sind ertrunken.

Wasserstände		
	8. 7. 30	9. 7. 30
Mölsen: Sammel	- 14	+ 2
Wobran	- 128	- 108
Eger: Laun	- 59	- 72
Eibe: Almburg	- 52	- 44
Brandels	- 65	- 66
Wreit	+ 25	+ 22
Reitmeritz	+ 50	+ 58
Muffig	- 71	- 85
Preßden	- 227	- 228
Miesja	- 176	- 180

Eibbad: Wasserwärme 20° C.

Marktberichte.		
Schweinemarkt vom 8. Juli 1930. Preis eines Ferkels: 16-28 R. Ausnahmen über Kotz. Zufuhr: 142 Ferkel. Geschäftsgang: langsam.		
Waps	-	-
Reinfaß	-	-
Wittorfackeln	22,00-29,00	-
Reine Speckschon	21,00-26,00	-
Putzerfäßen	18,00-19,00	-
Poltschfen	19,00-20,00	-
Werbshafen	17,00-18,50	-
Wissen	19,50-22,00	-
Suppen, glatte	19,00-20,00	-
Suppen, gelbe	23,00-24,50	-
Serradelle, neu	-	-
Wappfäßen, Waß 38%	10,60-11,60	-
Wappfäßen, Waß 37%	15,90-16,50	-
Wappfäßen, Waß 35%	8,00-9,00	-
Wappfäßen, Waß 45%	13,50-14,90	-
Wappfäßen, Waß 40%	-	-
Wappfäßen, Waß 30%	-	-
Wappfäßen, Waß 25%	-	-
Wappfäßen, Waß 20%	-	-
Wappfäßen, Waß 15%	-	-
Wappfäßen, Waß 10%	-	-
Wappfäßen, Waß 5%	-	-
Wappfäßen, Waß 0%	-	-

Ämtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin am 9. Juli 1930.

Getreide und Deliaaten pro 1000 kg, sonst pro 100 kg in Reichsmark.		
Weizen, märkischer	-	-
per Mai	289,00	-
per Juli	258,00-258,50	-
per September	261,50-261,00	-
per Oktober	-	-
Tendenz:	fest	-
Woggen, märkischer	172,00-177,00	-
per Mai	-	-
per Juli	167,00-187,50	-
per September	178,50-174,00	-
per Oktober	178,50	-
Tendenz:	fest	-
Gerste, Bran	-	-
Putzer u. Industrie-Gerste	100-100	-
Wintergerste	-	-
Tendenz:	fest	-
Ostern, märkischer	158,00-165,00	-
per Mai	-	-
per Juli	172,50	-
per September	174,50	-
per Oktober	176,75	-
Tendenz:	ruhig	-
Weis, rumänischer	-	-
Weis, Plata	-	-
Tendenz:	-	-
Weizenmehl per 100 kg, frei Berlin, br. incl. Sad (feinste Marken über Notiz)	23,50-40,50	-
Woggenmehl per 100 kg, st. Berlin br. incl. Sad	22,75-25,00	-
Weizenmehl frei Berlin	10,00-10,50	-
Woggenmehl frei Berlin	9,50-10,25	-
Weizenmehl-Melasse	-	-

Bei ruhigem Geschäft zeigte der Produktenmarkt einen festhaltenen Unterton. Die Landwirtschaft ist mit Angebot in Getreide neuer Ernte vorläufig und soweit Dörften vorliegen, lauten die Forderungen höher. Weizen alter und neuer Ernte erzielt bei geringen Umsätzen 1 bis 2 Mark höhere Preise, in Altroggen überwiegt weiterhin das Angebot, Woggen neuer Ernte wird vereinzelt von Provinzmähdern zu besseren Preisen ausgenommen, als sie hier zu erzielen sind. Am Vieermarkt zeigte sich ungeschick der Erholung in Uebersee und infolge demeterhin geringen Anlieferungen wieder einige Dedungsmaße, so daß Zulieferer 3/4, Zulieferer 2/4 Markt höher einstellen. Weizen zur Verbilligung war um 1/2 bis 2/4 Mark befristet. Das Viehgeschäft läßt keine Belebung erkennen, die Wäldermotoren lauten wenig verändert. In Oester ist das Angebot geringer und leicht erhöhte Preise werden dem Konsum bewilligt. Gerste fest.

Das neue Handelstafengelebe.

Berlin. Das Reichskabinett hat in seiner Sitzung am 6. Juli das vom Reichsernährungsminister vorgelegte Handelstafengelebe endgültig verabschiedet und dem Reichsrat zugewiesen.

In dem Gelebe ist für die Regierung die Ermächtigung vorgegeben, mit Zustimmung des Reichsrats Bestimmungen über Handelstafeln für landwirtschaftliche Erzeugnisse einschließlich der Erzeugnisse des Garten- und des Weinbaues, der Imkererei und der Fischerei zu erlassen, wodurch bestimmte Mindestanforderungen an die Erzeugnisse der einzelnen Handelstafeln festgelegt werden sollen. Unter diese Bestimmungen fallen auch die durch Be- und Verarbeitung gewonnenen Lebensmittel. Der Gelebewort sieht ferner vor, daß die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats die Grundregelung der gesetzlichen Handelstafeln für die Preisfeststellung auf die gesetzlichen Handelstafeln beschränken kann. Ferner ist in dem neuen Handelstafengelebe vorgesehen, daß die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats auch Bestimmungen über die Kennzeichnung der Waren und der Verpackungen, über einheitliche Verpackung und über die Mengeneinheiten, in denen die Waren im Groß- und Kleinhandel gehandelt werden, erlassen kann. Vor Einführung gesetzlicher Handelstafeln sollen Sachverständige der beteiligten Wirtschaftskreise gehört werden. Die Kontrolle über die Einhaltung der Waren in die gesetzlichen Handelstafeln soll durch Güterüberprüfer erfolgen, die gemeinsam von den gesetzlichen Berufsvertretungen von Landwirtschaft, Handel und Industrie zu verwalten sind. In einem besonderen Abschnitt wird der Regierung die Ermächtigung erteilt, mit Zustimmung des Reichsrats zur Erleichterung der Kreditbeschaffung Vorschriften über die Ausgestaltung des Rechts der Lagerheime zu erlassen. Hierdurch soll eine bessere Finanzierung des Absatzes der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ermöglicht werden. Endlich sind in dem Gelebewort die in der Öffentlichkeit zum Teil mißdeuteten Bestimmungen enthalten über die der Reichsregierung unter Beteiligung des Reichsrats zu gebende Ermächtigung, Zuckerraffinerien und Zuckerverarbeitende Betriebe zur Regelung der Erzeugung und des Absatzes zusammenzufassen, sofern die Mehrheit der Betriebe diesem zustimmt. Außerdem sind in dem Gelebewort noch die notwendigen Straf- und Schlußbestimmungen enthalten. Da von der Landwirtschaft die Grundzüge des neuen Handelstafengelebes selbst gefordert werden und da auch die Zustimmung des Reichsrats zu dem Gelebe erwartet werden darf, so ist mit der ordnungsmäßigen Erledigung des Gelebes auch im Reichstag noch vor der Sommerpause zu rechnen.

Die „389“ was sie ist und was sie bringt.

Der Name: „Internationale Pelz- und Jagdausstellung“ ist wie ein lächerliches holländisches Wort bemerkt, eine allumfassende Andeutung dessen, was auf dieser Leipziger Weltausstellung abzuwickeln wird. Sie umfaßt zunächst einmal zwölf Fachgruppen: Pelztierkunde, Haar- und Fellkunde, Fellveredelung, Zubereitung und Färberei, Pelzhandel, Pelzfabrikation, Pelzkonfektion, Pelzrezepte, und Arbeitsverhältnisse in der Pelzindustrie und im Pelzwarenhandel, Fachausbildung und Schulwesen, Jagdpresse, Kundenwerbung und Absatzpropaganda, Gewerkschaften und Löhne, Produktions- und Handelsstatistik, Hilfsbetriebe, Verkehrs- und Versicherungs-, Pelztier- und Pelzwerk in der Kunst.

Das ist schon weit mehr als eine Pelzausstellung. Dazu kommt aber noch vieles andere. Eine Uebersicht der Entwicklung der Pelzmode von der Zeit der alten Germanen bis zum heutigen Tage. Eine gewaltige Jagdausstellung.

Die größte, die je organisiert worden ist. Jagdtrophäen und Jagdhasen aus allen Teilen der Welt füllen die gewaltigen Hallen, die ihr gewidmet sind. Alles, was zur Jagd gehört, wird dargestellt und vorgeführt, sogar eine historische Jagdbühne, von ungemeinem Sitten- und Kulturgeschichtlichen Wert ist nicht vergessen.

Ein besonderer Schwerpunkt der Ausstellung ist die Jagd-Lustausstellung, die die Werke fast aller bedeutenden Tiermaler und Tierbildhauer vereinigt. Vor allem ist hier die Sammlung der Werke des verstorbenen Afrikaner-Bildhauers Rühner zu erwähnen.

Ein besonderer Schwerpunkt der Ausstellung ist die Jagdzeit alle Pelztierarten, ausgenommen die ganz großen Pelztiere, die man aber im „Zoologischen Garten“ findet. Ein Kulturfilm bringt alles, was man über den Pelz, das Pelztier, die Pelzfabrikation und das Pelztragen wissen muß und was man darüber überhaupt wissen kann. Eine Vappänderung beansprucht besonderes Interesse.

Natürlich fehlt auch weder ein autographierter Versammlungsort, noch eine Rotunde. Besonders erwähnt sei noch, daß fast alle Staaten, die eine Pelzindustrie, Pelztier- und Pelztierzucht besitzen, Sonderausstellungen zum Teil von imponierendem Ausmaß und erstrebtem Geschick verankert haben.

Die Ausstellung, die unter allgemeiner Teilnahme des In- und Auslandes von dem sächsischen Ministerpräsidenten eröffnet worden ist, bildet fortgesetzt den Mittelpunkt fachlicher und gesellschaftlicher Kongresse und Veranstaltungen. Als besondere Hauptpunkte dieser Art seien genannt: das Reit- und Jagdturnier, das vom 7. bis 10. Juni stattfand, die Tagung des Reichsbundes der Deutschen Kürschner, die Frauenwoche, die ein so lebhaftes Interesse fand, daß eine zweite Frauenwoche anberaumt werden mußte, der Welt-Pelz-Kongress, der vom 22. bis 29. Juni tagte und von großer wirtschaftlicher Bedeutung, aber ohne Zweifel auch von Bedeutung für eine Politik des internationalen Friedens ist, und die Tagung des Reichsjagdbundes Ende Juni



Geheimrat Dietrich.

Geheimer Justizrat Hermann Dietrich, der langjährige Vorsitzende des Generalverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften Deutschlands, ist im Alter von 74 Jahren auf seinem Gut in der Uckermark gestorben. Dem Reichstage hat er länger als ein Vierteljahrhundert angehört, früher als konservativer, dann als deutschnationaler Abgeordneter. In dieser Eigenschaft war er auch Vizepräsident der Nationalversammlung.

und Anfang Juli die Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Eichelzucht. Es folgt dann die Direktoren-Konferenz der Zoologischen Gärten Mitteleuropas, die in der ersten Augustwoche stattfinden wird, der Mitteldeutsche Wirtschaftstag, der sich im September zusammenfindet und die Ausstellung und Tagung des Deutschen Schäferhundverbandes. Von besonderem Interesse wird die am 16. August stattfindende Strahlensfahrt des R.D.M.C. sein, der sich am 17. eine Schönheitskonkurrenz anschließen wird.

Besonders betont sei noch, daß die Ausstellung ganz und gar nicht etwa nur für den Pelzschmuck bestimmt, sondern daß sie so lebendig, interessant, anreißend und amüsant gehalten ist, daß sie eine Freude für jeden Bildungsbefähigten, jeden Kulturmenschen, vor allem für jeden Tier- und Naturfreund ist.

Die Ursachen des Chemnitzer Brückeneinsturzes.

Chemnitz. Die Erhebungen der Kriminalpolizei haben ergeben, daß die Brücke über den Chemnitzfluß im Jahre 1926 erbaut wurde, nachdem die technischen Berechnungen über die Tragfähigkeit und die sonstigen Bedingungen von den zuständigen Behörden geprüft worden waren. Der Verkehr auf der Brücke zur Zeit des Unfalls hat eine Überlastung nicht hervorgerufen, die etwa den Zusammenbruch hätte verursachen können. Ebenso hat irgend ein Konstruktionsfehler an der Brücke nicht vorgelegen. Es wird vielmehr angenommen, daß der Einsturz erfolgen konnte, weil die Balkenköpfe des westlichen Seitenteils, auf denen das Mittelstück der Brücke ruhte, morsch geworden waren und der Belastung nicht mehr standhalten konnten. Die Befestigung der Balkenköpfe war aber äußerlich nicht sichtbar und konnte auch nicht wahrgenommen werden, weil der Säureprozeß vom Innern der Balken her eingeleitet hatte. Die verschiedenen aufgetauchten Gerüchte, daß die Brücke schon vor dem Unfall Schwankungen aufgewiesen habe und deshalb der Einsturz hätte vorausgesehen werden müssen, sind nicht allenthalben zutreffend. Infolge der Konstruktion dürfte die Brücke nicht starr gehalten sein und mußte diese Schwankungen aufweisen. Diese Schwankungen sind aber zurückzuführen als drohende Einsturzgefahr betrachtet worden.

Die Klärung der Schuldfrage wird sich äußerst kompliziert gestalten mangels gesetzlicher Vorschriften und wegen des Fehlens instruktioneller Vorschriften über die Bornahme von Prüfungen an der Brücke. Die rechtliche Aufklärung muß den gerichtlichen Instanzen überlassen bleiben. Das Ergebnis der kriminalpolizeilichen Ermittlungen ist heute der Staatsanwaltschaft Chemnitz zugewendet worden. Bei dem Brückeneinsturz waren keineswegs über 300 Personen in den Chemnitzfluß gefallen und an die 30 Personen mehr oder minder schwer verletzt worden.

Ganz leise trägt der Hahn

In einem Dresdner Blatt wird folgende nette Geschichte von der Fingigkeit der Post erzählt: In einem kleinen Städtchen Sachsens kam ein Brief an, der folgende seltsame Anschrift hatte: „Ganz leise trägt der Hahn in I...“ Bei der Post war zuerst großes Rätselraten, was diese geheimnisvolle Anschrift bedeuten sollte, und anfangs glaubte man, daß es sich um irgendeinen Scherz handle, der mit der Post getrieben werden sollte, bis der fündige Briefträger seine Meinung dahin ausdrückte, daß es sich doch um eine Adresse handle. Er war überzeugt, daß der Mann, der diesen Briefumschlag geschrieben hatte, nur nicht in der Rechtschreibung so genau Bescheid wußte, und er fragte darum bei dem Kanzleisekretär Hahn an, ob der Brief für ihn sei. Tatsächlich hatte der Postbeamte das Richtige getroffen. Anstatt „Ganz leise trägt der Hahn“ hätte auf dem Briefumschlag stehen müssen: „Kanzleisekretär Hahn“.

Die vom „Rauhen Grund“.

Roman von Paul Grabelin.

Romanheft „Digo“ Berlin, S. 20.

18. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Endlich blühte sie wieder auf. Ihr Auge fiel jetzt drüber auf den Berggang über dem Oberdorf. Schwer und mäßig lagen da die Werkanlagen von Christiansglück. Gefeierte wurde heute auch dort droben. Die Förderräder standen still. Die Aufzüge an den Höfen ruhten. Über aus den Röhren, aus den Effen der Kesselhäuser, wo die Feuer nicht erkalten durften, stieg leise und immerwährend der Dampf und floß zusammen zu einem warmen, feuchten Brodem.

Dampf stieg das Ruffen und Schüttern der Maschinen, das dunkle Rauschen der Kühlwasser von den Hochöfen herüber. Wie ein riesiges Arbeitstier lag das feiernde Werk da. Wie ein Gigant, der von seiner Mühe ermattet am Boden ruht. Über noch fliegen ihm mit dumpfem Reuschen die Planken, und über seinem kopfwehrenden Leib sizzert heiß die Luft.

Festigkeit kam da allmählich wieder in Etes Seele. Arbeit im Dienste anderer, der Armen und Schwachen, der hilflosen Kleinen — war das nicht auch ihre Lösung? Sie allein vermochte ihr wohl noch Heilung zu bringen. War es freilich auch nur ein Erlaß für ein anderes, stärkeres Sehnen in den Tiefen ihrer Wesensnatur, es würde immerhin ihrem Leben wieder ein Ziel geben. Und sie erhob sich. Mit einem letzten, langen Blick nahm sie Abschied von der versteinerten Heimat.

Dann wandte sie sich langsam nach der Richtung der Talsperre hin. Es war inzwischen still dort geworden. Die Feste schien vorüber. Ob er nun wohl kommen würde?

In den Wald hineinlaufend, stand sie. Noch einmal fragte sie sich: War es richtig gewesen, daß sie ihm diese Heilen geschrieben, ihm um diese Unterredung gebeten hatte?

Gewissenhaft prüfte sie und entschied: Vielleicht war es etwas Ungehörliches, aber sicher nichts Unrechtes. Der Ernst der Absicht gab ihr das Recht zu solchem Schritt.

So sah sie mit Ruhe seinem Erscheinen entgegen. Denn sie fühlte, er würde kommen. Und er ließ auch nicht lange mehr auf sich warten. Bald schallten aus dem Wald hinter ihr nahende Schritte, dann rauschten die Zweige auseinander — Gerhard Vertsch stand vor ihr.

Stun sie sich ihm gegenüber fand, so nahe und in tiefer Einsamkeit, sah sie doch ihre Schwermut etwas weichen. Und mehr noch, wie sie jetzt in seine Blicke sah. Sie verharren bei aller Bescheidenheit nur so

die innere Erregung. In seinen Augen deutete es, wie ein Offen, das noch nicht hervorbrechen wagte. Es schlang auch aus seiner Stimme, wie er sie begrüßte, stöhnend und noch unsicher ihr gegenüber.

„Bereitung — daß ich auf mich warten ließ. Aber ich ging, sobald ich irgend abkommen konnte. Er, Ihre Felle — nein, das ist ja Unfug! Ich muß mir nachher mein Urteil, wie du willst, aber in dieser Stunde, der einzigen und letzten vielleicht, die mir noch mit dir vergönnt ist, will ich reden, wie mir ums Herz ist. Du weißt ja nicht —“

Doch nun hatte sie sich wieder. Voll sah sie ihn an. Aber eine große, abgeklärte Ruhe war in dem Blick, der ihn suchte. Und leise bewegte sie das Haupt. Ein Abwehren, bei aller Sanftmütigkeit und Bestimmtheit. „Gerhardt — verzieh meinen Brief nicht falsch. Anhöf’ daran nicht Hoffnungen, die ich gleich wieder enttäuschen müßte. Wenn ich dich rief, so geschah es nur, um dir zu sagen, was sich in mir durchgerungen hat in Stunden voll tiefer Bitternis. Das Leben hat sein Werk getan auch an mir. Heute denke ich anders über manches, und ich weiß: ich handelte töricht, damals in jener Stunde, die uns trennte.“

Ein Aufsehen in seiner Rechten, als wollte sie sich die entgegenstrecken. Doch sie sprach weiter: „Es ist nun einmal geschehen und nicht mehr gutzumachen. Aber vielleicht hilft es auch dir leichter hinweg, wenn ich dir sage, Gerhardt: ich sehe nur noch Verdägnis, wo ich früher Schuld bei dir sah. Ich weiß, du leidest unter deinem Irren und geradest dich in innerer Herrlichkeit. So verliert du dein Bestes, deine kostbaren, schönen Jahre, die dir Freude bringen sollten und Glück. Das jammert mich, Gerhardt, helfen möchte ich dir, wieder mit hellen Augen ins Leben zu blicken, und darum rief ich dich noch einmal. Komm, gib mir deine Hand. Daß mit dieser Stunde alles vergessen sein, was dich quält. Nichts von Schuld und Verzichteten. Du hast dir nichts mehr vorzuwerfen. Blick’ wieder frei ins Leben, voll frischer Jugendkraft, und nimm dir deinen Anteil am Glück — solange es noch Zeit ist.“

Besser ward ihre Stimme und ein wenig dunkel. Aber nur für einen Augenblick. Dann lächelte sie wieder fest und klar.

„So, das war’s, was ich dir sagen wollte. Und wo es geschehen, ist mir selber leichter ums Herz. Nun kann ich ruhig weg von hier. Und damit laß uns denn nun jeder fortan seinen Weg gehen. Allein, aber ohne Bitterkeit gegen den andern.“

Sie wollte mit einem leisen Druck ihrer Hand von ihm scheiden, doch er ließ sie nicht.

„E!“

Ein Ton war es, der klang fernher, aus selbiger Zeit. Die Farbe wich da von ihren Wangen. Doch abnehmend schüttelte sie das Haupt.

Über seine beiden Hände hielten sie, und es strömte von ihnen wieder die alte, siegesfrohe Kraft aus. „Wenn es so ist — warum dann allein unsere Wege gehen?“

„Zu viel steht zwischen uns —“ im Erinnern daran kam ein weiches Schüttern in ihre Stimme — „bei dir wie mir.“

„Aber nichts, das nicht vergessen werden könnte, das nicht zusammenbräche wie die morschen Trümmer da drunten, wenn wir nur wollen!“

„Gel’ Mut! Ich es jetzt umgekehrt dir zuzurufen? Kraft und Wille überwinden alles! Was steht denn in Wahrheit noch zwischen uns, wenn wir beide uns wieder frei ins Auge sehen können, Hand in Hand? Nichts, Er, nichts! Wasse Schatten, die uns nicht schrecken können. Alles andere aber, was wir selber uns angehan, es ist ausgelöscht in dieser Stunde, nach unserm festen, ehrlichen Willen. Nur das eine gilt: wir lieben uns! Nein, leugne es nicht. Dein Auge strahlt wahrer als jedes Wort: du liebst mich — trotz allem. Und ich? Ich liebe dich, wie einst, wie immer. Er — ich nehm’ dich! Mit gutem Recht: mein warst du, mein bist du — mein!“

Und ehe sich ihr noch eine Antwort entronnen, hatte er sie schon an sich gerissen und küßte sie. Küßte sie wie damals. In stürmischem Begehren. Wie ein Frühlingsturm brauste es hin über sie. Sein ungestüm forderndes Werden. Aber heute floß sie nicht mehr, von Schrecken verwirrt. Geschlossenen Auges ruhte sie in seinem Arm und genoß erschauernd das Glück der Erfüllung.

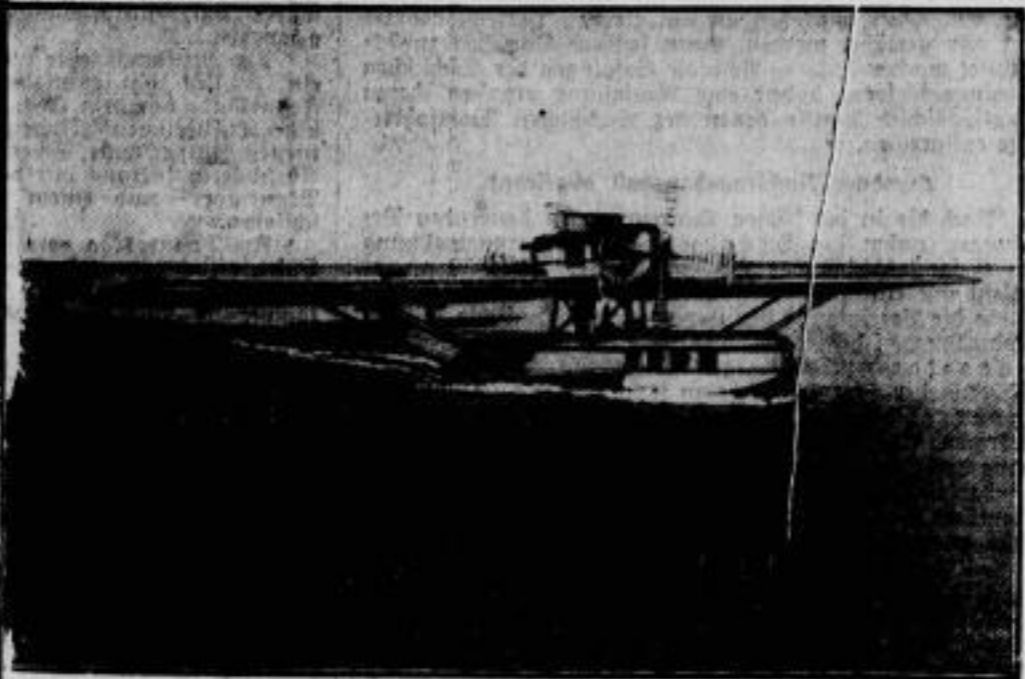
Die Wasser stiegen im Rauhen Grund. Welle um Welle des Flusses rannte gegen die Brustwehr des Staubammes, sprang wütend hoch an den steinernen Quabern und warf sich gegen die eisernen Schließensoren der Durchlässe. Aber unerschütterlich hielt das Menschenwerk dem Rausen der empörten Naturgewalten stand. Da wildelten die bestürzten Wassermassen, wild aufschäumend in ohnmächtiger Wut, eine Welle vor dem unabwendlichen Hindernis umher und brachen dann feilich aus, in plötzlichem Entschluß.

Ja, alles ward ihnen zur Beute, den schäumenden, freisenden Wassern, die nun den Rauhen Grund über-rannen Tag und Nacht. Schon bedeckte ein langgestreckter See Spiegel das Biefental. Und droben, im sicheren Schutz der Berggipfen, standen Tausende von Menschen, herbeigeiligt von nah und fern, und sahen dem wachsenden Wert der Vernichtung zu. Aber aus dem großen Sterben dort würde Leben erblühen — größer noch, unendlich viel gewaltiger als das, was dort verankert vor ihren Augen. Und im stummen Hinsinken packte es sie, schauernde Andacht, ein stolz schneidendes Ahnen: immer mehr, immer herrlicher erfüllte sich die uralte Verheißung an das Menschengeschlecht: Herr

Thema vom Tage in Bild und Wort.

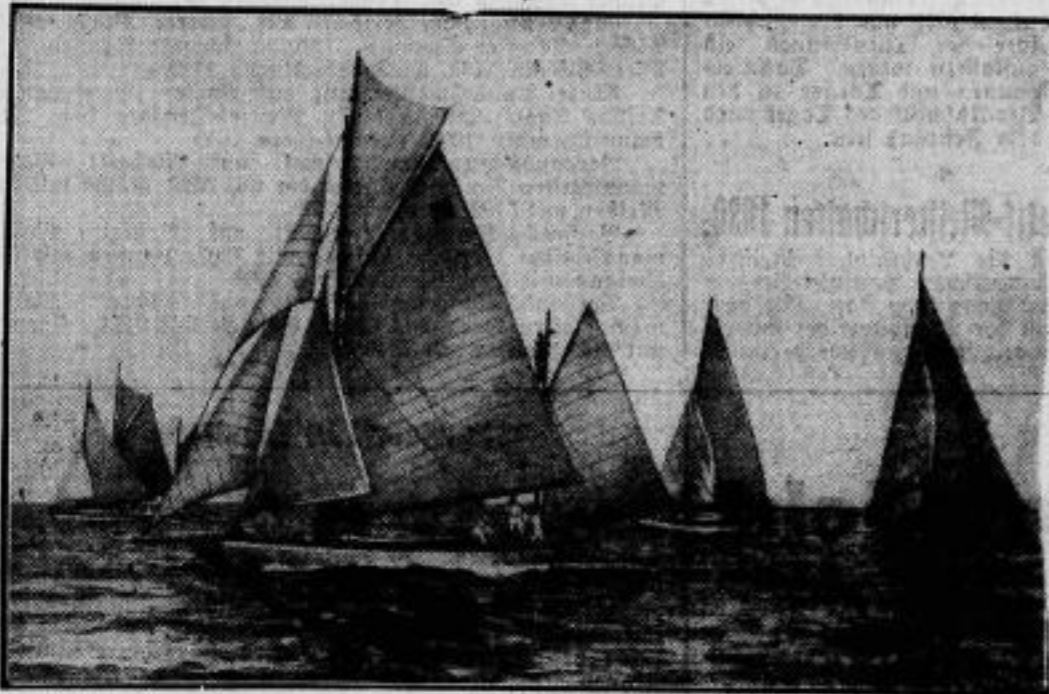


Der Nordprozess Neuhöffer in Bayreuth
 gegen die Mörder der Gattin des Kommerzienrates Neuhöffer aus Kulmbach, die Arbeiter Böpp (links) und Schubert (rechts). Das volle Geständnis der beiden Angeklagten bestätigt die Schuldlosigkeit des Kommerzienrates Neuhöffer (im Ausschluß), der unter der Beschuldigung des Mordens monatelang in Untersuchungshaft gesessen hat.



Deutsches Schweden-Flugboot verunglückt.

Das Dornier-Flugboot „D 804“ (von dem hier geseigert Top), das den Passagierdienst zwischen Stettin und Stockholm verkehrt, mußte infolge Kurbelwellenbruchs südlich von Borgholm auf die Dämme niedergehen, wo es bei Abschleppversuchen in schwerem Seegang kentert ist. Von den fünf Fluggästen und der dreiköpfigen Besatzung sind bisher nur ein Fluggast und zwei Mann der Besatzung mit Sicherheit als gerettet gemeldet worden.



Von der Pommern-Flotte 1930
 der großen Segelregatta, die vom 4.—9. Juli an der pommerschen Küste ausgetragen wird; die Boote der Ausleihflotte auf der Fernfahrt Swinemünde—Lauterbach (im Vordergrund die bekannte Stettiner Yacht „Sigrid“).

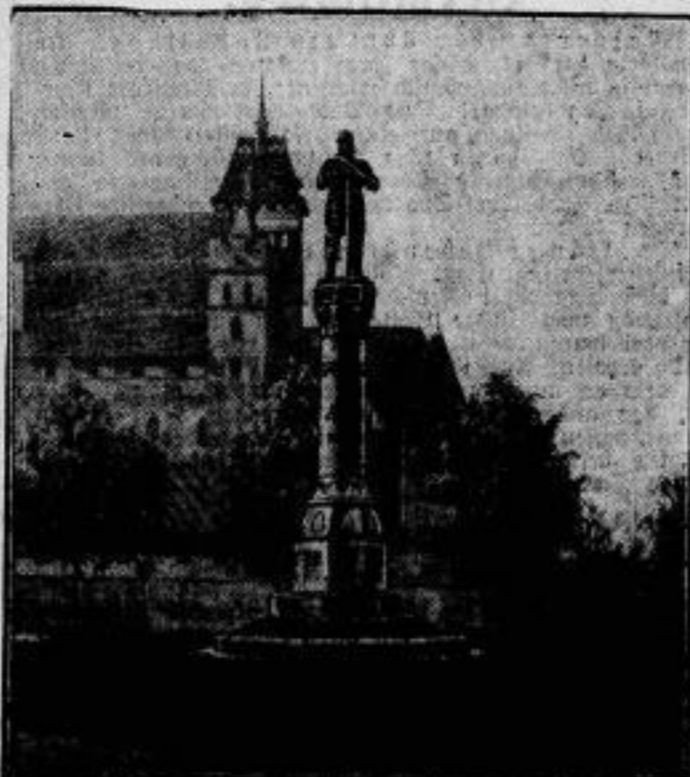


Berlins Gefallenen-Denkmal?

Die preussische Regierung beabsichtigt, die von Schinkel erbaute Neue Bode in Berlin, die Unter den Linden neben der Universität liegt, zu einer Gedächtnishalle für die Toten des Weltkrieges umzugestalten.



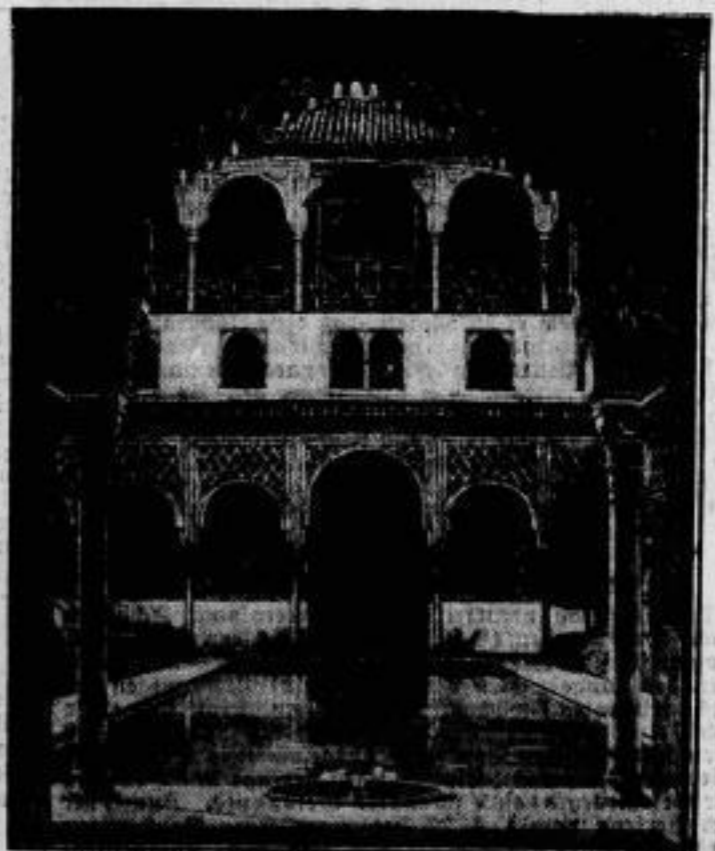
Zur 1000-Jahrfeier des Speyerer Doms
 die vom 8.—15. Juli (die Haupttage sind der 12. und 13. Juli) begangen wird; das Mittelschiff des ehrwürdigen Domes, der ein gut Stück Geschichte des deutschen Mittelalters verkörpert.



Am 10. Jahrestag des deutschen Abstammungs Sieges
 in Ost- und Westpreußen.

„Dies Land bleibt deutsch“

So lautet die Inschrift auf dem Marienburg Denkmal zur Erinnerung an das Kreuzbekenntnis, das die Grenzlande am 11. Juli 1930 abgelegt haben.



Meisterwerke der Nachlese.

Der Marokkanerhof in der Alhambra zu Granada dem herrlichsten Denkmal arabischer Baukunst auf europäischem Boden.

Kommunales Leben

Neue Satzungen für die Sächsische Wohlfahrtskassen

Nach einer Bekanntmachung des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums haben die Satzungen der Sächsischen Wohlfahrtskassen eine neue Fassung erhalten. Die wesentlichen Bestimmungen sind, daß die Sächsischen Wohlfahrtskassen in Zukunft an wirtschaftliche Unternehmen nur noch Darlehen bis zum Höchstbetrage von 10 000 RM gewähren darf. Ein neues Darlehen an den gleichen Darlehensnehmer darf nur gewährt werden, wenn frühere Darlehen zurückgezahlt worden sind. — Auch die Satzungen der Sächsischen Erholungsanstalten haben eine Neufassung erhalten, deren hauptsächlichste Punkte denen der Sächsischen Wohlfahrtskassen entsprechen.

Dresdner Nachtragshaushalt abgelehnt

Nach bis in die frühen Morgenstunden dauernden Beratungen nahm die Dresdner Stadtverordnetenversammlung den Gesamtabschluß des Haushaltsplanes für 1930 an, er schließt mit einem Fehlbetrag von 1 445 900 RM. Ferner wurde die Bereinigung der Landgemeinde Omschwitz mit der Stadt Dresden beschlossen. Der vom Rat vorgelegte Nachtragsetat wurde dagegen einstimmig abgelehnt. Während der Sitzung kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Auch die Tribünenbesucher störten wiederholt den Gang der Verhandlungen durch Zwischenrufe und lärmende Kundgebungen, so daß der Stadtverordnetenvorsteher die öffentliche Sitzung unterbrechen und die Räumung der Tribüne anordnen mußte.

Beschlüsse der Leipziger Stadtverordneten

Die Stadtverordneten beendeten am Montag die Generalsprache zum Haushaltsplan 1930. In mitternächtlicher Stunde nahm man gegen den Widerspruch der Kommunisten einen Antrag auf Schluß der Aussprache an. Die Bestimmungen erfolgen am Mittwoch. Eine Tagesordnung von 30 Punkten wurde dann noch bis auf wenige Punkte, über die eine Aussprache erwünscht wurde, im Eilzugtempo erledigt. Verschiedene Vorlagen, die, um Arbeitsgelegenheit im allgemeinen und für Wohlfahrtsverbände im besonderen zu schaffen, für Straßenausbauten, namentlich in neu erschlossenen Wohngebieten, insgesamt 529 800 RM erfordern, einstimmig genehmigt.

Ein Nachtragshaushalt, der sich infolge der Eingemeindung von Admannsdorf, Knautzleeberg, Schönau und Thekla in das Stadtgebiet am 1. April 1930 notwendig gemacht hat, wurde gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Er schließt bei 551 000 RM Ausgaben und 325 000 RM Einnahmen mit einem Zuschuß von 226 000 RM ab. Für die Meisterschaften der Deutschen Turnerschaft genehmigte man die Uebernahme einer Garantiesumme von 3 000 RM.

Zwangsetat für Chemnitz

Die Gemeindefinanzverwaltung hat den von den Stadtverordneten einstimmig abgelehnten Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1930-31 der Stadt Chemnitz in der vom Rat getroffenen Fassung genehmigt. Die Gemeindefinanzverwaltung hat dabei einen eingetragten Betrag von 3000 RM für die Kasse Hilfe gestrichen.

700 000 RM Defizit in Limbach

Das Stadtverordnetenkollegium in Limbach lehnte den ordentlichen wie auch den außerordentlichen Haushaltsplan ab. Der ordentliche Etat schließt mit einem Defizit von 200 000 RM, der außerordentliche mit einem Defizit von 500 000 RM ab. Als Angehörige der SPD auf der Tribüne die Internationale anstimmten, sah sich der Vorsteher gezwungen, die Tribüne durch Polizeibeamte räumen zu lassen.

Gerichtssaal.

Leistung- oder Glücksspiel-Automaten?

Eine neue Entscheidung des Gemeinsamen Schöffengerichtes. Wegen gewerbsmäßigen Glücksspiels stand am Dienstag der Geschäftsführer der Reichsautomaten-Betriebsgenossenschaft m. b. H., Dresden, Franz Fover Franke aus Cossau vor dem Gemeinsamen Schöffengericht Dresden unter Vorsitz des Amtsgerichtsdirektors Wohlrad unter Anklage. Der Angeklagte hatte im Auftrage seiner Genossenschaft im Oktober 29. in verschiedenen Lokalen Dresdens und Umgebung insgesamt 40 Elektrizitätsautomaten aufgestellt, die gleichzeitig auch ein „Schicksalslotteriel“ mit einer Kugel, ähnlich der verbotenen Bajazzo-Automaten, enthielten. Bei Gewinn zahlte der Automat den Einsatz und bis vier Angeln zum Weiterspielen aus. Der Angeklagte verteidigte sich damit, daß die fraglichen Automaten lediglich „Leistungsaufbauten“ seien, die nur zur Unterhaltung des benutzenden Publikums mit einem Geschicksspiel ausgerüstet seien. Staatsanwalt Dr. Wollasch verteidigte die Anklage stellte sich auf den gegenseitigen Standpunkt, indem er behauptete, daß diese Apparate lediglich Glücksspielautomaten in verkleideter Form seien. Er beantragte Verurteilung mit 3 Monaten Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Bittlich plädierte nach sehr eingehenden Ausführungen auf Freisprechung seines Klienten. Das Gericht sah jedoch den Sachbeweis hinsichtlich des gewerbsmäßigen Glücksspiels für voll erbracht an und erkannte auf 500 Mark Geldstrafe oder 50 Tage Gefängnis.

Ein betrügerischer Tischlermeister.

Am Dienstag verurteilte das Gemeinsame Schöffengericht Dresden den 46 Jahre alten Tischlermeister Ernst Hermann Runge aus Rabenberg einschließlich einer durch Urteil des Landgerichtes Dresden vom 21. 3. 29 wegen Betrugs verhängten 3wöchentlichen Gefängnisstrafe und einer durch Urteil des Schöffengerichtes Rabenberg vom 30. 5. 29 wegen betrügerischen Bankrotts ausgesprochenen Gefängnisstrafe von 4 Monaten 1 Woche, wegen Betrugs in 8 Fällen zu einer Gefängnisstrafe von 7 Monaten Gefängnis. Runge, der durch Vertrag vom 1. 4. 27 der Rabenberger Bank gegen Bewährung eines größeren Credits sein nicht unbedeutendes Inventar seiner Tischlerei übergeben hatte, schädigte in der Zeit vom 8. August bis 11. November 1927 die Rabenberger Bank und Rabenberger Bank durch betrügerische Darlehen und Lieferungen aus Wilsdruff, Wilsdruff, Rabenberg, Berlin, Berlin und Dresden durch mehrmalige Uebertragung des schon an die Rabenberger Bank übergebenen Inventars, um insgesamt 18322,65 Mark.

Turnen — Sport — Spiel — Wandern.

Der Verlauf des Landbesturnfestes in Chemnitz.

Nachdem bereits am Sonntag durch das große Kinderfestschauen und das Handball-Turnier Sachsen-Bayern das 5. Landbesturnfest der Sächsischen Turnerschaft eröffnet worden ist, haben am Montag die Chemnitzer Turner-Abteilungen auf buntgeschmückten Bühnen in einem Umzug anwesend.

Am Mittwoch feierte nun das Fest in vollem Umfange ein. 14 Uhr tagt erstmalig der Kreisturnauschuß auf dem Festgelände vor dem Fest. Ab 18.30 Uhr wird die Chemnitzer Turnerschaft „Jugendarbeit — Jugendfreude“ (Sohlen-Turnen, Körperkultur, Scherz- und Neckspiele) zeigen und ihre Abendveranstaltung mit dem Valentinspiel: „Lilli Schweders Brautpaar“ und einem Festzug nach der Stadt abschließen.

Am Donnerstag vormittag treten die Kampfturner und Obleute für die einzelnen Wettbewerbsarten Vorbesprechungen an. Am sechsten Nachmittage beginnen die Wettbewerbe im Männer- und Frauenturnen, im Volksturnen, im Spielturnen, im Schwimmen und im Fechten. Die feierliche Festübergabe an die Kreisleitung ist für Donnerstagabend im Opernhaus vorgesehen.

Der Freitag ist der ausserordentliche Wettkampftag. In allen Leistungsarten werden vom frühen Morgen bis in den späten Abend alle Wettkämpfe erledigt. Am Abend werden in der Stadthalle dann noch Sonderveranstaltungen gehalten.

Der Sonnabend ist der Tag des Gauwertturnens. Auf der großen Festwiese werden in gewisser Reihenfolge alle Gauen mit all ihren Vereinen zu einem Freilichtturn- und Regenturnen an den verschiedenen Orten ansetzen. In den Einzelkämpfen im Volksturnen und im Ringen fallen am Sonnabend die Entscheidungen. Im Schlagball- und Handball gelangen die Endspiele zum Austrag. Sonderveranstaltungen finden den Abend bis zur Feiertunde aus. Der Sonnabendabend bringt die Feiertunde auf der Stadthalle, die mit den Freilichtturnen der Alten und der Frauen einleitet und unter Mitwirkung der Kreisfänger und Kreisplattente durchgeführt werden wird. Der große Festzug mit über 7000 Teilnehmern wird die Festgemeinde nach dem Stadtzentrum zurückgeleitet.

Der Hauptfesttag beginnt am sechsten Vormittag mit dem großen Festzug, der durch die Stadt nach dem Festgelände führt, wo alle Festteilnehmer versammelt werden. Rugby- und Fußballspiele leiten über zum großen Schauturnen am Nachmittag, das mit dem Endspiel um die Landbesturnfestmeisterschaft im Fußball, Freundschaftsspielen im Handball und dem Schlagballspiel um die Sachsenmeisterschaft beginnt. Vollständige der Turnerinnen, ein Massenparade und die Wauktafeln folgen. Dann erfolgt der Einmarsch der Turnerinnen und Turner zu den allgemeinen Feiertagsübungen. Der Abschluß des Tages wird die feierliche Siegerehrung auf dem Festplatz sein.

Mitteldeutsche Leichtathletik-Meisterschaften 1930.

In diesem Jahre finden die Leichtathletik-Meisterschaften des Verbandes Mitteldeutscher Ballspiel-Vereine für Frauen und Männer wieder gemeinsam statt. Dresden, mit der Hygiene-Ausstellung, ist der Treffpunkt der mitteldeutschen Meisterschaftsbewerber und -bewerberinnen.

Am 12. Juli nachmittags und am 13. Juli vor- und nachmittags werden sich auf der Ring-Kampfbahn spannende Kämpfe abspielen, und es wird den Titelverteidigerinnen aus den Wettbewerben hervorzugehen. Wiewohl erfolgreich meinen ungünstigen Verhältnisse sind die Meldungen gut. In den Männerwettbewerben haben nur die Teilnehmer des 1500-Meter-Laufes und des 400-Meter-Hürdenlaufes nicht gemeldet, während bei den Frauenwettbewerben die Titelverteidigerinnen des 800-Meter-Laufes und des 50-Meter-Hürdenlaufes, sowie des Diätus- und Speerwerfens und des Fünfkampfes nicht am Start erschienen werden.

Die Meisterschaften

des Sächsischen Reglerbundes in Leipzig.

Am Sonnabend und Sonntag wurden in der Sporthalle des Großreglerheimes zu Leipzig die Meisterschaften des Sächsischen Reglerbundes ausgetragen. Schon in den Verhandlungsmeisterchaftskämpfen und in den Starts in den Bezirks- und Kreismeisterschaften wurde eine große Anzahl Bewerber ausgeschieden. So waren die besten Vertreter der ausgeschiedenen Wettbewerber in Leipzig am Start, und es war wohl ein jeder in der Lage, den Titel eines Bundesmeisters für sich in Anspruch zu nehmen. Die sportliche Durchführung der Kämpfe lag in den Händen des Leipziger Verbandes, und der Bundesvorsitzende Bruno Langsch-Dresden hatte alles so bestens geordnet, daß die Kämpfe mühelos durchgeführt werden konnten. In den einzelnen Wettbewerben wurden folgende Sieger festgestellt:

- Einzelbundesmeisterschaft auf Asphalt: König-Gera 1148, Uhlmann-Dresden 1124, Schönfelder-Wilkau 1115, Ralsholz 1092, Holte-Zittau 1091, Stöber-Bautzen 1090, Bader-Riesa 1089, Köhling-Pirna 1088, Mertig-Brandis 1085, Kämpfe-Oberlausitz 1083.
- Senioren-Einzel-Bundesmeisterschaft auf Asphalt: Bundesmeister Otto Reinhardt-Leipzig 570, Weislog-Großenhain 559, Richter-Stollberg 555, Langsch-Dresden 536, Köhler-Zwickau 530, Schuster-Freiberg 530, Mees-Greif 529, Frauen-Einzel-Bundesmeisterschaft auf Asphalt: Bundesmeisterin Meta Gerle-Dresden 581, Alma Vöschke-Dresden 584, Kurt-Wälschitz 580, Fischer-Leipzig 579, Wiedemann-Radeburg 578, Sten-Chemnitz 518.
- Senioren-Bundesmeisterschaft auf Asphalt: Bundesmeister Otto Reinhardt-Leipzig 728, Köhler-Zwickau 698, Stüber-Chemnitz 692, Tröger-Dresden 667.
- Einzel-Bundesmeisterschaft auf Schere: Bundesmeister Albert Meyner-Chemnitz 1310, Schöner-Bautzen 1287, Dietrich-Gera 1189, Epenhain-Borna 1159.
- Einzel-Bundesmeisterschaft auf Bohle: Bundesmeister Arthur Engler-Leipzig 1427, Mengel-Dresden 1404, Uhlmann-Chemnitz 1388, Siegler-Gera 1380.
- Verbands-Bundesmeisterschaft auf Asphalt: Meisterschaften Verband Chemnitz mit 5528, Riesa mit 5441, Meisen mit 5402, Gera mit 5288.
- Verbands-Bundesmeisterschaft auf Bohle: Meisterschaften Verband Leipzig mit 7207, Bautzen mit 6902, Zwickau mit 6800, Chemnitz mit 6890.
- Verbands-Bundesmeisterschaft auf Schere: Meisterschaften Gera mit 6298, Bautzen mit 6114, Chemnitz mit 6109, Borna mit 5948.

Es genügt nicht

die Kundschaft günstig bedienen zu können, sondern es ist wichtig, möglichst viele Leute davon zu verständigen.
Die Zeitungs-Anzeige ist das billigste und sicherste Mittel dazu.
Man gebe sofort ein Inserat dem „**Rieser Tageblatt**“, Goethestr. 59. - Telefon 20.

Tuchfabrik in Flammen

Brünn, 9. Juli.
In der großen Brünn Tuchfabrik Paul Neumark brach gestern nachmittags ein Brand aus, der bald katastrophale Ausmaße annahm. In ganz kurzer Zeit wurden ein dreistöckiges und vierstöckiges Gebäude vollständig vernichtet. Der Brand hat bereit, auf die benachbarte Tuchfabrik Slatni übergegriffen. Schließlich konnte das Feuer auf seinen Herd beschränkt werden. Der Schaden wird auf mehrere Millionen Kronen geschätzt.

Gandel und Volkswirtschaft.

An der Berliner Börse war die Tendenz am Dienstag nach schwächerem Beginn leicht erholte. Renten waren bis zu 2 Prozent gedrückt, Darmstädter Bank um 1 Prozent, Montanwerte um 2 bis 3 Prozent. Realwerte hatten starke Rückschläge, konnten sich jedoch im Verlauf etwas bessern. Goldboden gab um 5 Prozent, Runkelwurzerte um 3 bis 4 Prozent nach. Im Verlauf trat eine leichte Erholung ein, die Tendenz blieb jedoch überwiegend schwach. Am Rentenmarkt blieb die Tendenz weiter fest. Der Satz für Tagesgeld betrug 3,75 bis 5,75, für Monatsgeld 4,50 bis 6,75 Prozent. Der Privatkontant wurde um 1/4 auf 3/4 Prozent ermäßigt.

Magdeburger Indermarkt vom 2. Juli. (Preis für Weizen inkl. Sat und Verbrauchssteuern 50 kg brutto für netto ab Verladehalle Magdeburg). Gemahlener Weizen bei prompter Lieferung 28,50, 28,55; Juli 28,50, 28,55; August 28,55, 27,10. Tendenz ruhig.

Dresdner Börse vom 2. Juli. Die Dresdner Effektenmärkte eröffneten heute infolge des Festens lebhafte Nachfrage in ausgesprochen schwacher Haltung. Schubert und Salzer minus 7 Prozent, Darmstädter Bank und Bergmann je minus 4 Prozent, Berliner Kind verloren sogar 9 Prozent. Die Genußscheine der Dresdner Union wurden ex Liquidationssatz 6 RM unter letzter Notiz gehandelt. Berliner Patent infolge Materialmangels plus 4,8 Prozent.

Leipziger Börse vom 2. Juli. Die Dienstagbörse fand nach immer keine anregenden Momente, so daß das Geschäft auf kleine Umsätze beschränkt blieb. Die Kursentwicklung ging dementsprechend erneut mit verhältnismäßig großen Verlusten nach unten. Erwähnenswert schwächer lagen Danabank minus 5, Schubert und Salzer minus 4, Harberer Glanzhaus minus 3, Sächsische Bank minus 3, Thüringer Gas minus 2,5, Rindner minus 2, Polophon minus 2, Hebere Kasse blieben ganz verrent und ohne Bedeutung. Am Randmarkt blieb die freundliche Grundstimmung auf Nachfrage aber keinen Anstoß erhalten. Schwabenberg Kupfer konnte sich im Angeboten Resten um 2 Prozent erholen.

Schlesiger Produktbörse vom 2. Juli. Weizen 205-202, Roggen 185-180, Gerstroggen 180-184, Sommergerste 180-180, Wintergerste 152-150, Hafer 154-164, Mais amer. 228-230, Mais cinquantin 245-250, Erbsen 240-270, Weizenkleie 8,5-9, Roggenkleie 8-8,5, Weizenmehl 67-68, Roggenmehl 28-29. Tendenz alles ruhig.

Chemnitzer Börse vom 2. Juli. Bei ungewohnt ruhiger Geschäftslage sah die Kursabwicklung an der heutigen Börse bei den Spezialwerten weiter fest. Eine Ausnahme machten nur Schönderr, Reimeder und Cassemer, die um ein geringes ansetzten. U. a. blühten Darmstädter- und Nationalbank 5, Dresdner Bank 2, Thüringer Gas 6 und Schubert und Salzer 4. Ute. ein Der Kreisverkehr lag weiter bei den ungewohnten Werten.

Vermischtes.

Motorrad überfährt ein Paddelboot. In Wlensburg hat sich dieser Tage ereignet, was im ersten Augenblick nicht gut möglich erscheint: ein Motorrad überfuhr ein Paddelboot! Das Paddelboot wurde nämlich von seinem Besitzer auf einem Fahrgestell über Land befördert. Das kleine Wes freuzende Motorrad konnte nicht mehr rechtzeitig stoppen und zertrümmerte das Boot. Der Paddelboot-Sportler trug leiblich erhebliche Verletzungen davon.

Dreifacher Lebensretter. Der 20 Jahre alte Steinleberlehrling Ernst Sommer in Schönbeck rettete an einem Tage drei Menschen vom Tode des Ertrinkens und zwar zwei junge Leute und ein junges Mädchen. Die drei waren beim Baden in der Elbe in eine tiefe Stelle geraten. Auf ihre Hilferufe eilte der Lehrling herzu, dem es unter großen Anstrengungen gelang, einen Mann, dessen Vater sich bereits im Wasser der Rettungsmedaille befindet, gebüdet vollste Anerkennung für die mutige Tat.

Familiengrabstele in Leutersdorf

Drei Tote
Chemnitz. Die in der Postgasse Leutersdorf wohnende Frau Scheller hat sich mit ihren beiden vier- bis fünfjährigen Knaben durch Vergiftung des Lebens genommen. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Der Grund zur Tat lag in juristischen Familienverhältnissen zu suchen sein.

Ein Auto vom Eisenbahnzug überfahren

Brandenburg a. H., 9. Juli.
Ein mit 16 Personen besetzter Kraftwagen wurde gestern abend von einem aus Leipzig kommenden Zug der Lehnitzer Kleinbahn kurz vor Großkrenz auf einem ungeklärten Bahnübergang überfahren. Der Wagen wurde etwa 15 Meter weit geschleift. Eine Person wurde tödlich verletzt, während drei andere Personen anschließend schwere und mehrere Tausend leichte Verletzungen erlitten.